



DIE COVID-19-KRISE

FOLGEN UND LEHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

LÄNDERSTUDIE

Dezember 2022

FRANKREICH





VORWORT

Dieser Länderbericht ist Teil der Vergleichsstudie *Covid-19 und seine Auswirkungen auf die europäische Sozialdemokratie*, die die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – in der ersten Phase mit Unterstützung des Cattaneo-Instituts in Bologna – durchgeführt und unter maßgeblicher Mitwirkung des Amsterdamer Forschungsinstituts Kieskompas erfolgreich abgeschlossen haben. Der Bericht ist einer von sechs Länderberichten, auf denen die vergleichende Studie aufbaut, und bietet eine detaillierte Sicht auf Frankreich.

Zu Beginn der Studie 2020 wollten die Projektverantwortlichen die Einstellungen der Bürger*innen während und nach der Pandemie untersuchen. Diese Einstellungen wurden im Zuge der weiteren Ausbreitung von COVID-19 in den beiden von Dynata vor Ort durchgeführten Erhebungswellen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Dezember 2020/Januar 2021 und Oktober/November 2021) erfasst. Dabei zeigte sich, dass die Ansichten der Befragten sich während der tiefgreifenden Krise teilweise veränderten. Da alle beteiligten Partner ein möglichst genaues und umfassendes Meinungsbild erstellen wollten, beinhaltete die Umfrage schließlich 13 soziodemografische und 63 thematische Fragen. Diese Fragen ermöglichten eine Unterteilung der umfangreichen Daten, die in sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Schweden und Polen) in einem Sample von 1.000 Bürger*innen pro Land jeweils zweimal erhoben wurden. Dank Kreuztabellen und Überschneidungsanalysen zur Wahlneigung ließen sich in Bezug auf die Trends in verschiedenen Gruppen sehr konkrete Antworten eruieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei natürlich auf die Meinungen der Wählerschaft und Sympathisierenden aus dem Mitte-Links-Spektrum gelegt. In diesem Sinne sollen die folgenden Seiten und insbesondere die Abschnitte mit der Überschrift »Die wichtigsten Ergebnisse« der Politikberatung dienen.

Nach der ersten Erhebungswelle hatten FEPS und FES die ersten Ergebnisse auch in den Kreisen der Sachverständigen aus den sechs betroffenen Ländern intensiv diskutiert. Dabei ging es darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen länderspezifischen Kontext zu stellen und sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Gesamtvergleich zu verdeutlichen. Diese Debatten fanden in Form von geschlossenen Diskussionsrunden statt, an denen Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft, Parteistrategen und Meinungsforscher*innen, Jugendvertreter*innen und Publizist*innen teilnahmen. Die Projektverantwortlichen danken all diesen Personen für ihre Zeit, ihren Enthusiasmus und ihre Beiträge. Die mehr als 200 Teilnehmenden können leider an dieser Stelle nicht alle namentlich genannt werden. Unser Dank gilt auch den Organisationen, die bei der Durchführung der Veranstaltungen geholfen haben – insbesondere dem Ignacy- Daszynski-Zentrum (Centrum im. Ignacego Daszynskiego, CID), dem Olaf Palme Center, der Fundación Pablo Iglesias und der Fundació Rafael Campalans sowie den FES-Regionalbüros in Madrid, Stockholm, Warschau, Paris und Rom. Die bei diesen Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse waren für die Fertigstellung sowohl der Länderfallstudie als auch des vergleichenden Berichts besonders relevant.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dieses Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und danken nochmals dem Cattaneo-Institut (mit Salvatore Vassalo, Moreno Mancuso und Federico Vegetti) für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Fragebogens

und der Datenerfassung, Dynata für die Durchführung der beiden Erhebungswellen und dem Team von Kieskompass (mit André Krouwel und Yordan Kutiytski), das in mehreren Durchgängen mit uns zusammengearbeitet und diese wichtigen Dokumente fertiggestellt hat. Schließlich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken – hier vor allem bei Céline Guedes von der FEPS und Adriana Hornung von der FES, die die gesamten organisatorischen Aufgaben geschultert haben.

Dr. Ralf Hexel
Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Ania Skrzypek
Foundation for European Progressive Studies

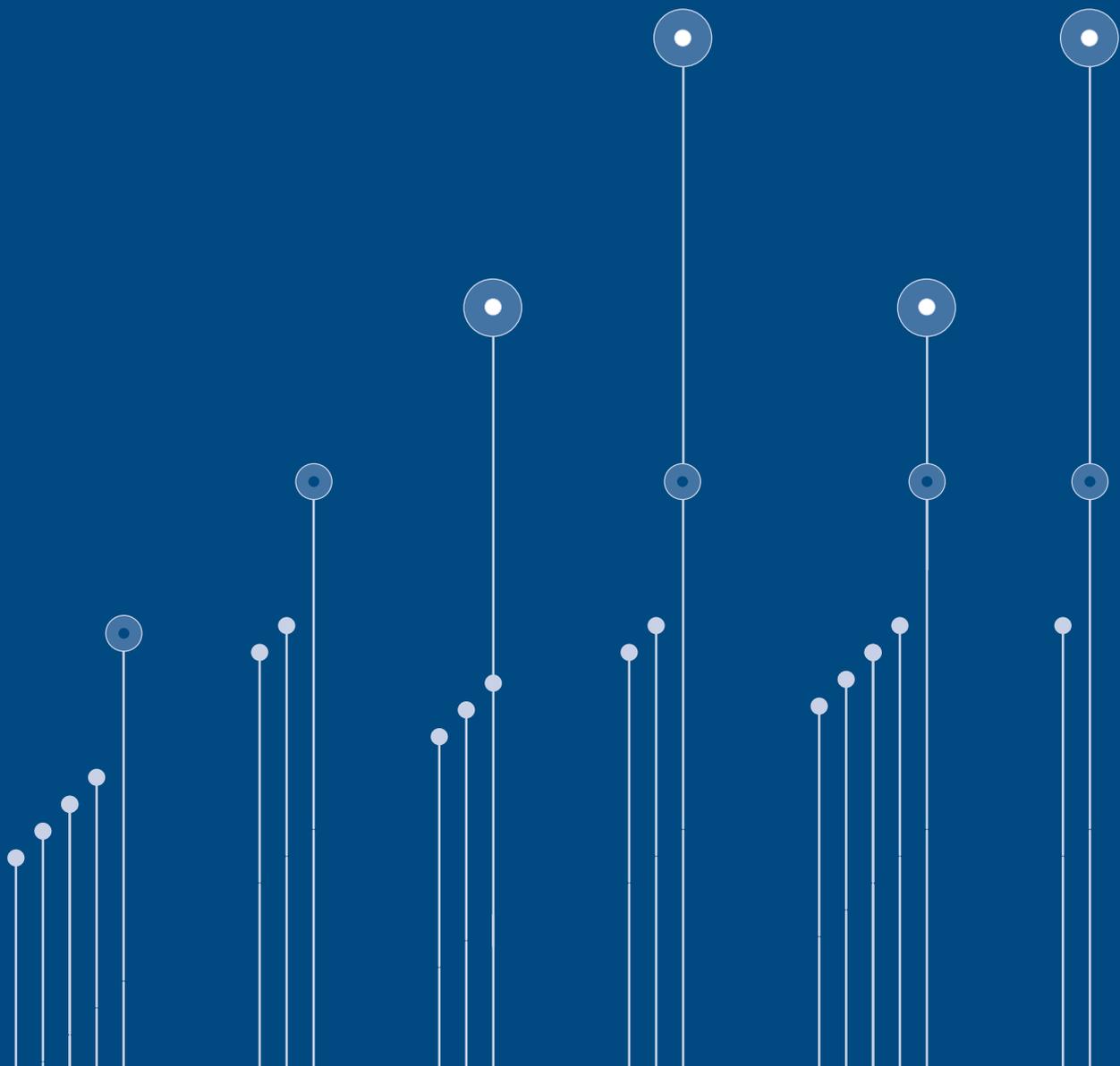
INHALT

○	ZUSAMMENFASSUNG: ÜBERDRUSS UND KRITIK VON LINKS UND RECHTS	— 4
○	DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ	6
1	BEI FRAUEN, JUNGEN MENSCHEN UND MENSCHEN MIT NIEDRIGEREM BILDUNGSNIVEAU IST DIE IMPFQUOTE NIEDRIGER	8
2	DIE WÄHLERSCHAFT VON LFI UND RN IST BESONDERS ANFÄLLIG FÜR VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN	24
3	JUNGE BEFRAGTE SCHÄTZEN WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN BESONDERS PESSIMISTISCH EIN	30
4	IDEOLOGIE, PARTEIPRÄFERENZ UND GESCHLECHT ALS BESTIMMENDE FAKTOREN GEGENÜBER EINWANDERUNG	38
5	WER 2019 PS ODER LES VERTS GEWÄHLT HAT, WECHSELT 2024 SEINE PARTEIPRÄFERENZ AM WAHRSCHEINLICHSTEN	52
6	WENIGER ALS 15 PROZENT NEHMEN REGELMÄSSIG AN GOTTESDIENSTEN TEIL	56
○	AUTOREN	60
○	IMPRESSUM	65



ZUSAMMENFASSUNG

ÜBERDRUSS UND KRITIK VON LINKS UND RECHTS



- 1) Die Covid-19-Pandemie hat die politischen und gesellschaftlichen Gräben in Europa vertieft. Frankreich bildet hier keine Ausnahme, wie die Analysen der in dieser Länderstudie herangezogenen Daten zeigen. Es ist bemerkenswert, dass sich die Meinungen der Befragten von 2020 bis 2021 größtenteils nicht wesentlich verändert haben.
- 2) Während die Zustimmung zu den Anti-Covid-Maßnahmen relativ unverändert blieb, entwickelten die meisten Französisinnen und Franzosen eine kritischere Einstellung zum allgemeinen Umgang mit der Pandemie und auch zu den öffentlichen Ausgaben. Es gab keine wesentliche Erosion des Vertrauens in die Institutionen, aber die Befragten nahmen eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltungerscheinungen wahr und waren zunehmend besorgt über den Klimawandel.
- 3) Die Ansichten der Wähler*innen bestimmter Parteien und verschiedener demografischer Gruppen sind von einem Jahr zum anderen weitgehend dieselben geblieben: In Bezug auf das Vorgehen während der Pandemie und die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierungsführung äußern die Wähler*innen, die die Regierungspartei LREM oder auch die PS und Les Républicains unterstützt haben, die größte Zufriedenheit mit dem Umgang mit der Pandemie, haben das größte Vertrauen in die Institutionen und sind am häufigsten bereit, den Empfehlungen der Regierung in Zusammenhang mit der Pandemie zu folgen.
- 4) Auf der anderen Seite stehen die Wähler*innen von RN und LFI dem Umgang der Regierung mit der Pandemie besonders kritisch gegenüber – wie überhaupt der französischen Politik. Dass RN-Wähler*innen andere, konservativere und regierungskritischere Meinungen vertreten als der Rest der Wählerschaft, ist klar, aber überraschend ist, dass die Wählerschaft von LFI sehr ähnliche Meinungen vertritt wie die RN-Anhänger, wenn es um die Pandemie geht.
- 5) Die Ergebnisse zeigen noch ein weiteres Meinungsbild: Viele unzufriedene französische Bürger*innen sind ideologisch nicht eindeutig festgelegt: Sie identifizieren sich weder mit dem linken noch mit dem rechten Teil des politischen Spektrums. Diese Wählergruppe ist vor allem in der Wählerschaft von RN und Les Verts vertreten. Andererseits ist bei den Befragten, die sich selbst der Mitte oder der rechten Mitte zuordnen, der Anteil derjenigen, die mit der Regierungspolitik und der allgemeinen Gesellschaftsordnung einverstanden sind, sehr viel höher.
- 6) Was die demografische Zusammensetzung betrifft, so sind Grundmisstrauen und Politikverdrossenheit bei den Bürger*innen mit niedrigerem Bildungsniveau und schwieriger Einkommenslage am stärksten vertreten: Diese Befragten haben im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ein stärkeres Grundmisstrauen und sind sehr viel einwanderungsfeindlicher, Klimaschutzfeindlicher und generell unzufriedener mit der Regierung. Sie haben auch die kritischste Einstellung gegenüber der Europäischen Union und bezweifeln, dass der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf künftige Generationen haben wird.
- 7) Was das Alter betrifft, so sind die älteren Generationen stärker von negativen Auswirkungen der Pandemie in Form von sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen. Dennoch ist in den älteren Generationen die Zustimmung zu den Anti-Covid-Maßnahmen deutlich größer.
- 8) Insgesamt zeigen die Daten auf, dass es in Frankreich viele unterschiedliche und oftmals polarisierte Meinungen gibt und dass die französische Öffentlichkeit ihrer Regierung zunehmend kritisch gegenübersteht, relativ wenig Vertrauen in die Institutionen hat, Einwanderung als Gewinn für die Gesellschaft betrachtet und sich wegen des Klimawandels sorgt.



DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ



Diese Länderstudie liefert einen detaillierten Überblick über die öffentliche Meinung in Frankreich, indem sie die Einstellungen verschiedener demografischer und politischer Gruppen vergleicht. Die Befragten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, wirtschaftlichem Wohlstand und ideologischer Ausrichtung eingeteilt. Vor allem aber wurden die Wählergruppen anhand der aktuellen Wahlabsicht der Befragten ermittelt. Der Vergleich dieser Bürger*innenkategorien soll es politischen Entscheidungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen gleichermaßen ermöglichen, fundierte Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen zu treffen.

In der Ergebnisauswertung werden die Antworten der oben genannten Befragten auf die verschiedenen geschlossenen Fragen der Erhebung miteinander verglichen. Mit Hilfe von Fragen zu ein und demselben Thema (beispielsweise zur Zustimmung zu Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie), für die anstelle von ordinalen Antwortkategorien eine Skala verwendet wird, wurden Indizes erstellt, nachdem zuvor in einer Reliabilitätsanalyse verifiziert wurde, dass jeweils dieselbe Begrifflichkeit erfasst wird. Für diese Indizes wird der Mittelwert jeder Befragtengruppe geschätzt; anschließend werden die Gruppen in zweidimensionalen Streudiagrammen dargestellt, die zwei Indizes beinhalten. Auch hier wurden für jede Wählergruppe die durchschnittlichen Mittelwerte zwischen den beiden Erhebungswellen berechnet.

Dynata hat im Dezember 2020/Januar 2021 bzw. im Oktober/November 2021 in Koordination mit dem Cattaneo-Institut in zwei Erhebungswellen Daten in diesen sechs Ländern erhoben: Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden. In Frankreich nahmen 1.002 Befragte an der ersten und 1.016 Befragte an der zweiten Befragungswelle teil. Die Auswahl war repräsentativ für die demografische Zusammensetzung und die politischen Präferenzen der französischen Bevölkerung. Die Fragebögen beider Erhebungswellen enthielten überwiegend sich überschneidende Fragen, so dass die öffentliche Meinung zu verschiedenen sozioökonomischen Themen im Zeitverlauf verglichen werden konnte. Da die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen in Bezug auf die in beiden Fragebögen enthaltenen Fragen minimal waren, werden für diese Fragen – von einigen Ausnahmen abgesehen – die durchschnittlichen Prozentsätze und Mittelwerte angegeben. Folgende Fragen waren nur in der ersten Erhebungswelle enthalten; für diese Fragen werden hier deshalb nur Ergebnisse aus dieser Welle aufgeführt:

- In der Frage, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie auf kurze Sicht die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gegeneinander abgewogen hat, gehen die Meinungen auseinander.
- Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und den Schutz der individuellen Freiheit gegeneinander abgewogen hat.
- Einige wollen sich so schnell wie möglich gegen Covid-19 impfen lassen; andere halten eine Impfung für zu

riskant. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich impfen lassen, wenn die Gesundheitsbehörden Ihnen ein Impfangebot machen?

- Haben Sie die Corona-Warn-App »TousAntiCOVID« auf Ihrem Smartphone installiert?

Darüber hinaus wurden mehrere Fragen erst im Fragebogen der zweiten Erhebungswelle gestellt, so dass nur Ergebnisse und Fragen aus dieser Welle aufgeführt sind:

- Einige sind der Meinung, dass die Covid-19-Impfung für alle verpflichtend sein sollte, um die Pandemie zu stoppen; andere vertreten die Ansicht, es sollte den Menschen grundsätzlich freistehen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht.
- Hat Ihre eigene wirtschaftliche Situation sich im Vergleich zu Ende 2020 verschlechtert oder verbessert, oder ist sie unverändert?
- Meinen Sie, dass Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten sich verbessert, sich verschlechtert oder unverändert bleibt?

Die Indizes zur Ermittlung von Verschwörungsglauben und populistischen Einstellungen wie auch die Frage nach der Bewertung des Programms »NextGenerationEU« wurden ebenfalls nur in der zweiten Welle erhoben, so dass auch bei diesen Themen nur Daten aus der zweiten Welle ausgewertet werden.



KAPITEL 1

BEI FRAUEN, JUNGEN MENSCHEN
UND MENSCHEN MIT NIEDRIGEREM
BILDUNGSNIVEAU IST DIE
IMPFQUOTE NIEDRIGER

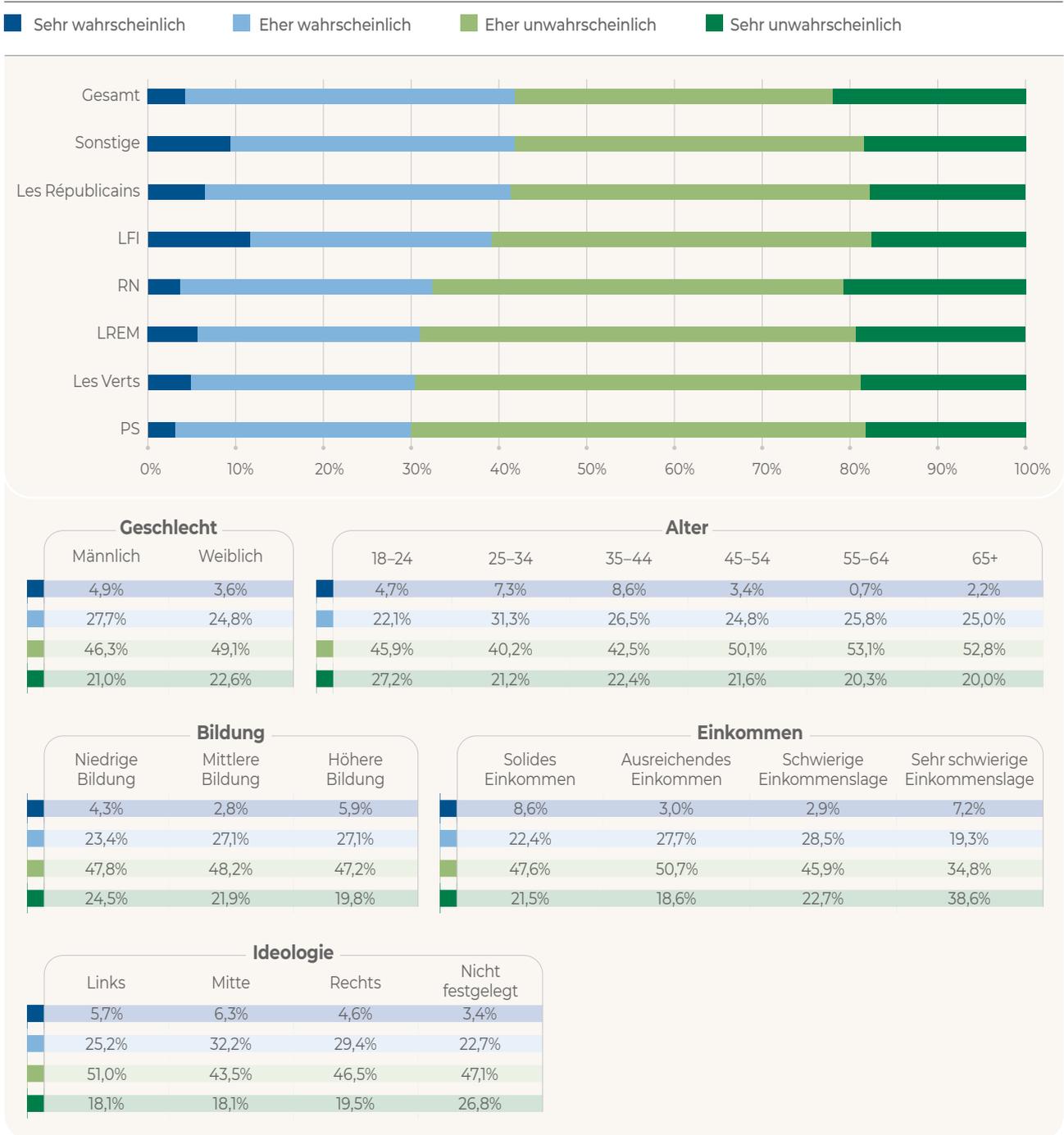


Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, und Ausmaß der Besorgnis

Trotz der Gefahr, die von Covid-19 ausgeht, hält die große Mehrheit der französischen Bürger*innen (69,6 Prozent) es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus infiziert. Die Wählerschaft von PS und Les Verts glaubt am wenigsten an eine mögliche Ansteckung, während Wähler*innen von Les Républicains und LFI es für wahrscheinlicher halten, dass sie sich infizieren. Was die demografische Zusam-

mensetzung betrifft, ist die Zahl derjenigen, die eine Ansteckung mit dem Virus für wahrscheinlicher halten, bei Männern, jüngeren Menschen und Personen mit höherer Bildung und Einkommensschwachen höher. Nimmt man die ideologische Ausrichtung zum Maßstab, halten rechtsorientierte Wähler*innen und sich zur politischen Mitte zählende Befragte eine Ansteckung mit Covid-19 für wahrscheinlicher. Grundsätzlich gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen demografischen Gruppen.

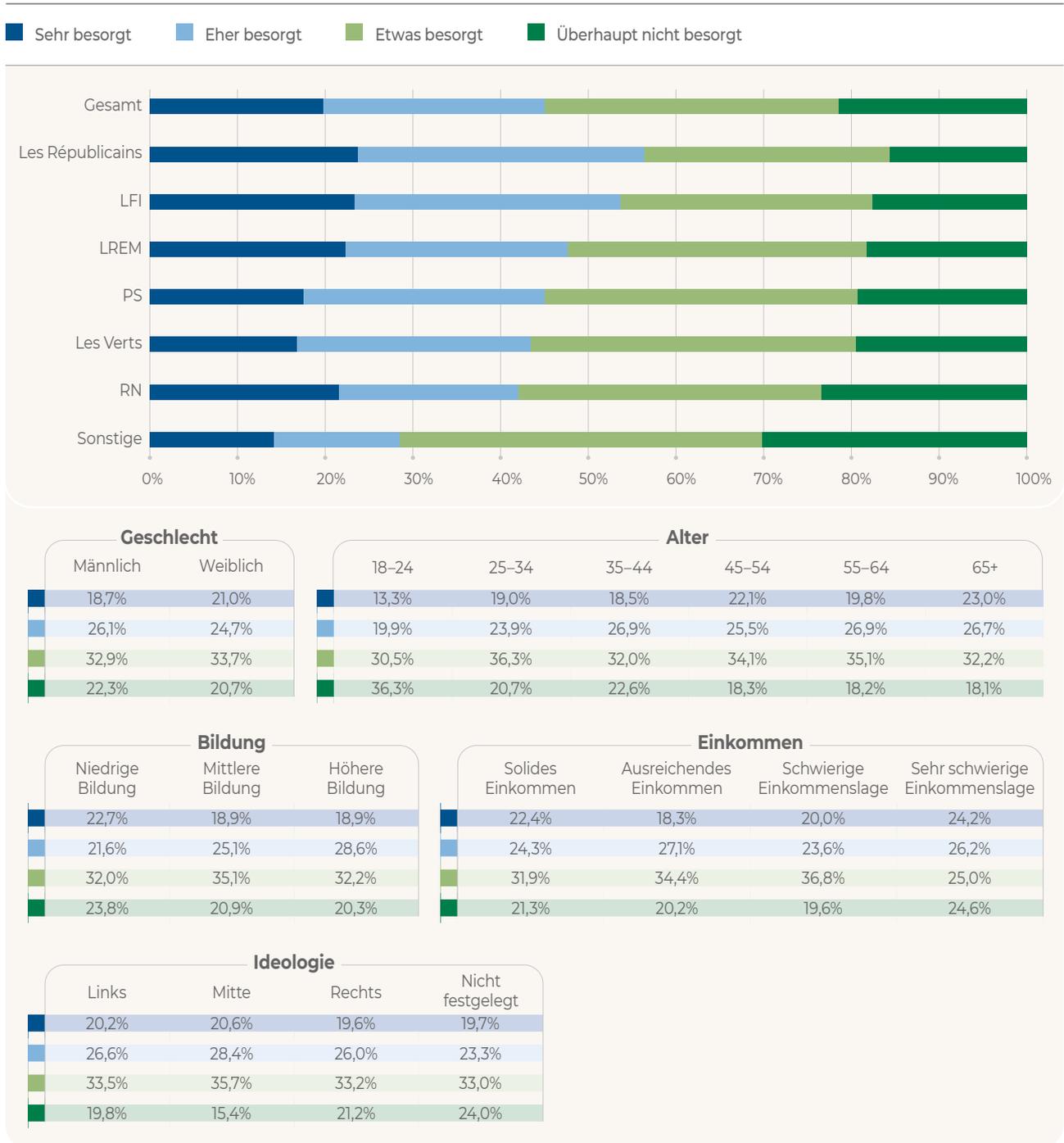
Abbildung 1 / Q22 – Für wie wahrscheinlich halten Sie es, sich mit Corona zu infizieren?



In Bezug auf die persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Corona-Virus zeigt sich die Mehrheit der französischen Bevölkerung (fast 80 Prozent) zumindest leicht besorgt. Am deutlichsten unterscheidet sich die RN- Wählerschaft von anderen Befragten: weniger als 42 Prozent von ihnen sehen ihre Gesundheit durch eine Covid-19-Infektion mäßig oder stark gefährdet. Mehr als 20 Prozent der populistisch wählenden Befragten haben überhaupt keine

Angst vor Corona; dies ist ein ähnliches Bild wie bei den Anhängern anderer Parteien. Unter den Befragten sorgen sich Frauen, ältere Menschen (insbesondere die über 55-Jährigen) sowie Wähler*innen der Links- und Mitte-Parteien am meisten über die von Covid-19 ausgehenden Gesundheitsrisiken, während Einkommens- und Bildungsunterschiede keine eindeutigen Meinungsdifferenzen in Bezug auf die Risikowahrnehmung erkennen lassen.

Abbildung 2 / Q23 – Wie besorgt sind Sie, dass eine Covid-19-Infektion Ihre Gesundheit gefährden könnte?



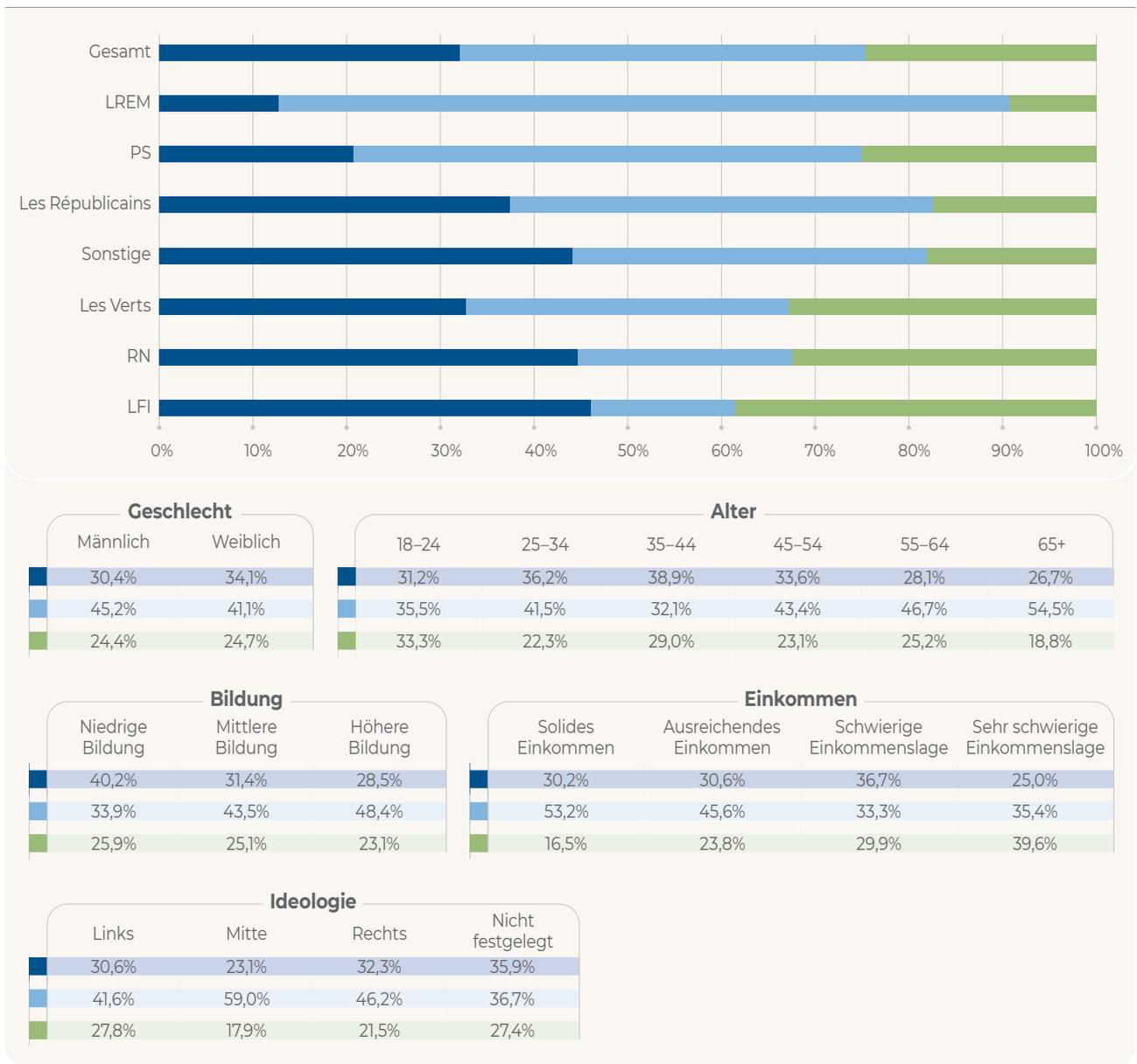
Beurteilung der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Pandemie

Weniger als die Hälfte der französischen Bürger*innen (43,2 Prozent) ist der Meinung, dass die staatlichen Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung ausgewogen waren (43,2 Prozent). Grundsätzlich gibt es viel Kritik: 30 Prozent der Befragten sind der Ansicht, im Maßnahmenpaket der Regierung sei die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht ausreichend berücksichtigt worden. 25 Prozent meinen hingegen, die Regierung hätte stärkere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergreifen müssen. Die

überwältigende Mehrheit der Wähler*innen der Mitte- und Links-Parteien unterstützt die Regierungspolitik, während die Wählerschaft von LFI, RN und Les Verts diese am kritischsten sieht und der Meinung ist, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Demografisch gesehen sind jüngere, bildungsferne und sich in prekärer wirtschaftlicher Lage befindende Menschen – Gruppen also, die wohl am stärksten von der Pandemie betroffen waren – am häufigsten der Meinung, die Regierung hätte die Arbeitsplatzsicherung stärker in den Mittelpunkt stellen sollen.

Abbildung 3 / Q38 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: Arbeitsplätze vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen, statt Arbeitsplätze zu sichern
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen, statt die öffentliche Gesundheit zu schützen

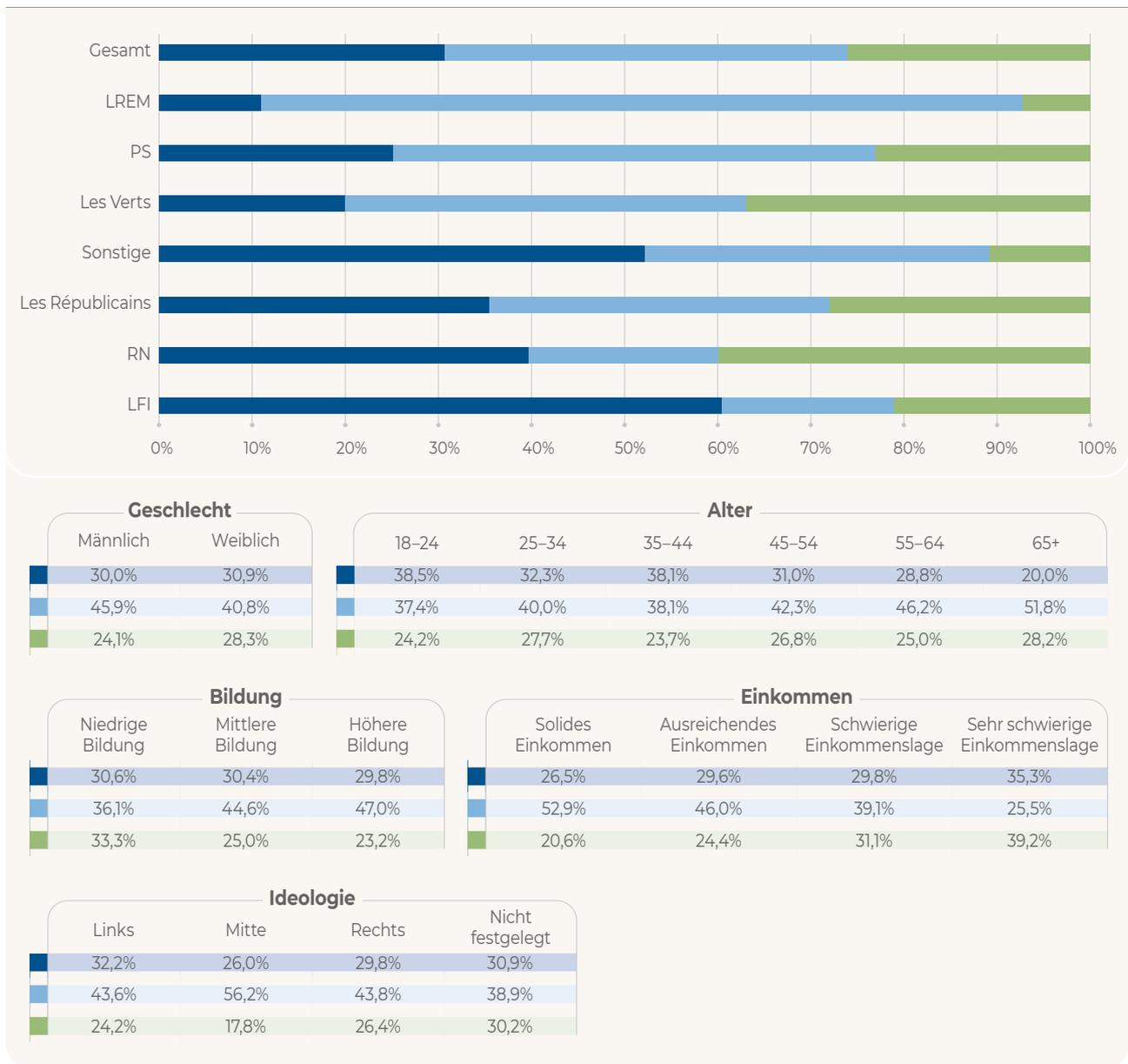


Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch bei der Frage, wie sehr die Bürger*innen der Meinung sind, dass die Maßnahmen der Regierung die richtige Balance zwischen Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgerichtet getroffen haben: Eine beträchtliche Minderheit von 43,3 Prozent der französischen Befragten ist der Ansicht, dass die Maßnahmen im Großen und Ganzen ausgewogen waren, während fast 30 Prozent der Meinung sind, die persönlichen Freiheiten seien allzu stark eingeschränkt worden. 26 Prozent der Befragten hingegen hätten sich weiter reichende Beschränkungen gewünscht. Auch hier sind es die gemäßigten Wähler*innen in der politischen Mitte und auf der linken Seite des Spektrums, die restriktive Maßnahmen am stärksten befürworten, während die Wählerschaft des rechten Flügels – insbesondere die RN- und LFI-Wählerschaft – die Auffassung vertritt, dass die Freiheitsrechte übermäßig stark eingeschränkt wurden. Am stärksten ist die Meinung, die Freiheitsrechte seien zu stark eingeschränkt worden, bei Personen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlich prekärer Lage verbreitet.

kungen gewünscht. Auch hier sind es die gemäßigten Wähler*innen in der politischen Mitte und auf der linken Seite des Spektrums, die restriktive Maßnahmen am stärksten befürworten, während die Wählerschaft des rechten Flügels – insbesondere die RN- und LFI-Wählerschaft – die Auffassung vertritt, dass die Freiheitsrechte übermäßig stark eingeschränkt wurden. Am stärksten ist die Meinung, die Freiheitsrechte seien zu stark eingeschränkt worden, bei Personen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlich prekärer Lage verbreitet.

Abbildung 4 / Q39 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: persönliche Freiheitsrechte vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Corona-Maßnahmen getroffen, die die persönlichen Freiheiten zu stark einschränken
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die Regierung hat überzogene Maßnahmen getroffen und dadurch der öffentlichen Gesundheit in unverantwortlicher Weise geschadet



Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

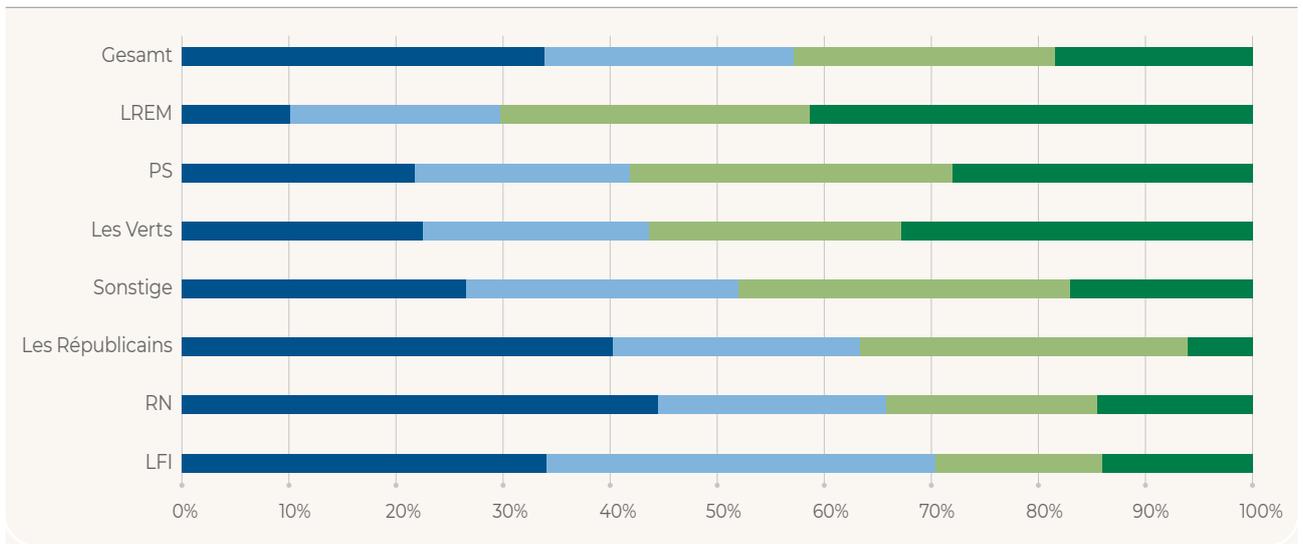
Zum Zeitpunkt der Umfrage gaben 42 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei einem entsprechenden Angebot der Gesundheitsbehörden impfen lassen würden. Dieser Prozentsatz ist nur geringfügig niedriger als die aktuelle Impfquote in Frankreich, die bei etwa 76 Prozent liegt. Ähnlich wie bei den oben genannten Tendenzen sind die Wähler*innen der Mitte-Parteien und der Regierungspartei am ehesten bereit, sich impfen zu lassen, während eine klare Mehrheit von etwa 70 Prozent der LFI-Wählerschaft

und von etwas mehr als 60 Prozent der RN-Wählerschaft dies ablehnt. Überraschenderweise ist die Impfbereitschaft bei Frauen etwas sehr viel geringer als bei Männern. Dass die Impfbereitschaft bei den jüngeren Befragten deutlich geringer ist als bei älteren Menschen, stimmt dagegen eher mit früheren Untersuchungsergebnissen überein. Ebenfalls gering ist die Impfbereitschaft bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsstand, bei Menschen mit geringerem Einkommen und bei ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 5 / Q52 – Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie ein etwaiges Impfangebot der Gesundheitsbehörden annehmen?

■ Sehr unwahrscheinlich ■ Eher unwahrscheinlich ■ Eher wahrscheinlich ■ Sehr wahrscheinlich



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Sehr unwahrscheinlich	24,0%	43,0%
Eher unwahrscheinlich	21,5%	24,6%
Eher wahrscheinlich	29,3%	20,4%
Sehr wahrscheinlich	25,2%	12,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Sehr unwahrscheinlich	38,5%	37,4%	38,5%	40,6%	29,1%	22,6%
Eher unwahrscheinlich	29,4%	25,9%	24,4%	21,3%	20,6%	20,0%
Eher wahrscheinlich	22,9%	23,8%	24,4%	23,9%	24,8%	27,4%
Sehr wahrscheinlich	9,2%	12,9%	12,8%	14,2%	25,5%	30,0%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Sehr unwahrscheinlich	39,1%	35,2%	28,3%
Eher unwahrscheinlich	22,8%	24,7%	21,5%
Eher wahrscheinlich	23,8%	24,1%	26,1%
Sehr wahrscheinlich	14,4%	16,0%	24,1%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Sehr unwahrscheinlich	25,2%	31,0%	42,3%	40,0%
Eher unwahrscheinlich	19,7%	24,6%	20,0%	26,7%
Eher wahrscheinlich	27,2%	25,9%	21,7%	20,0%
Sehr wahrscheinlich	27,9%	18,5%	16,0%	13,3%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Sehr unwahrscheinlich	26,6%	34,2%	25,6%	45,6%
Eher unwahrscheinlich	25,2%	19,2%	22,7%	23,1%
Eher wahrscheinlich	25,2%	35,6%	25,3%	21,3%
Sehr wahrscheinlich	23,0%	11,0%	26,4%	10,0%

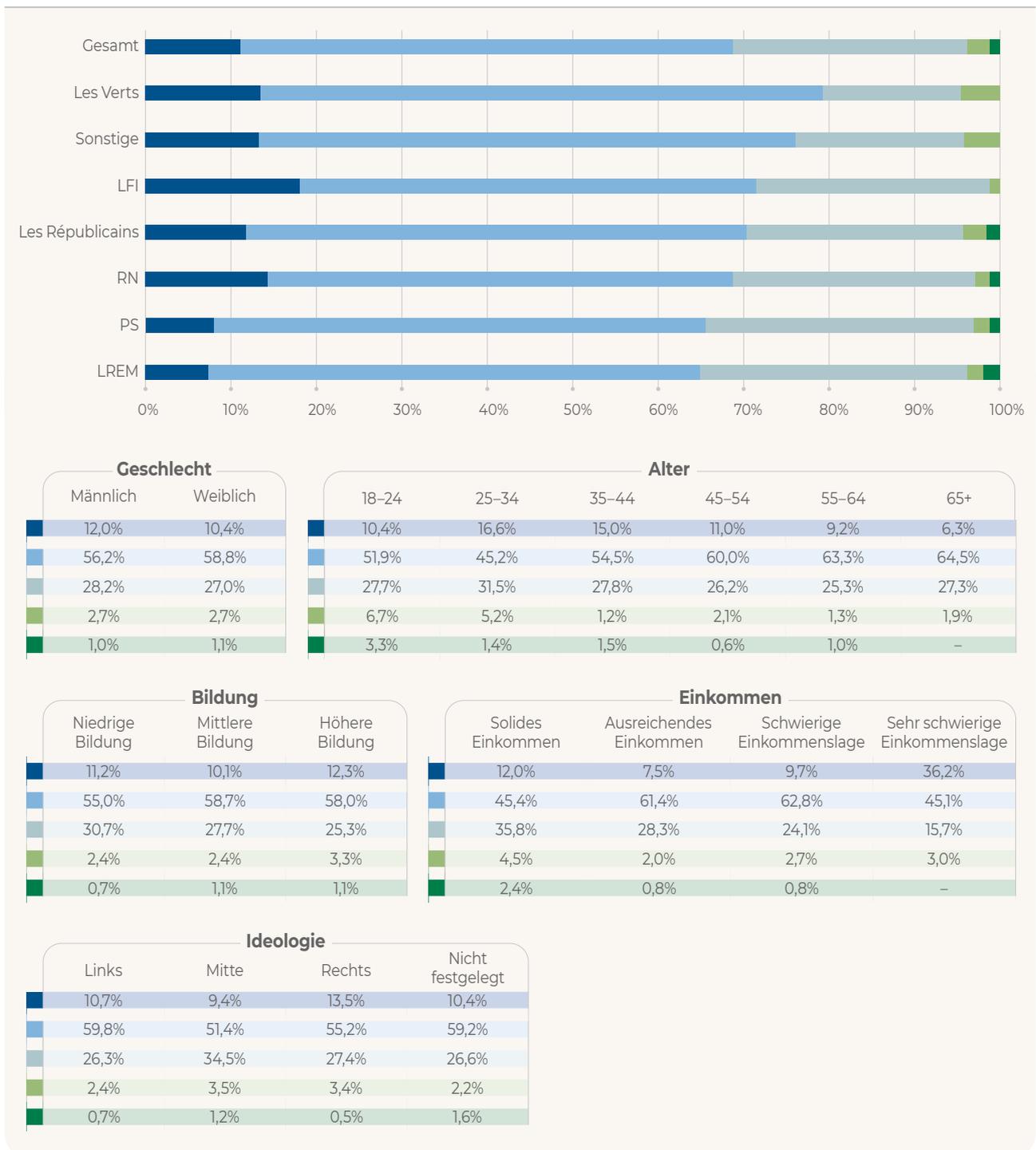
Auswirkungen von Covid-19 auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen

Nach den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität befragt, gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Mehr als 70 Prozent der befragten Französinnen und Franzosen berichten von negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie, wobei die Wählerschaft der Grünen (Les Verts) und der LFI sich am

stärksten durch negative Folgen in ihrem Leben beeinträchtigt fühlt. Ältere erlebten ebenso wie Menschen mit niedrigerem Einkommen eine stärkere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Die Wahrnehmung, von der Pandemie negativ betroffen zu sein, ist bei Bürger*innen aus dem linken und aus dem rechten Spektrum stärker ausgeprägt als bei politisch gemäßigten oder sich der politischen Mitte zugehörig fühlenden Personen.

Abbildung 6 / Q74 – Wie würden Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Lebensqualität bewerten?

Sie hat mein Leben ... : ■ sehr verschlechtert ■ nicht verändert ■ sehr verbessert
■ etwas verschlechtert ■ etwas verbessert

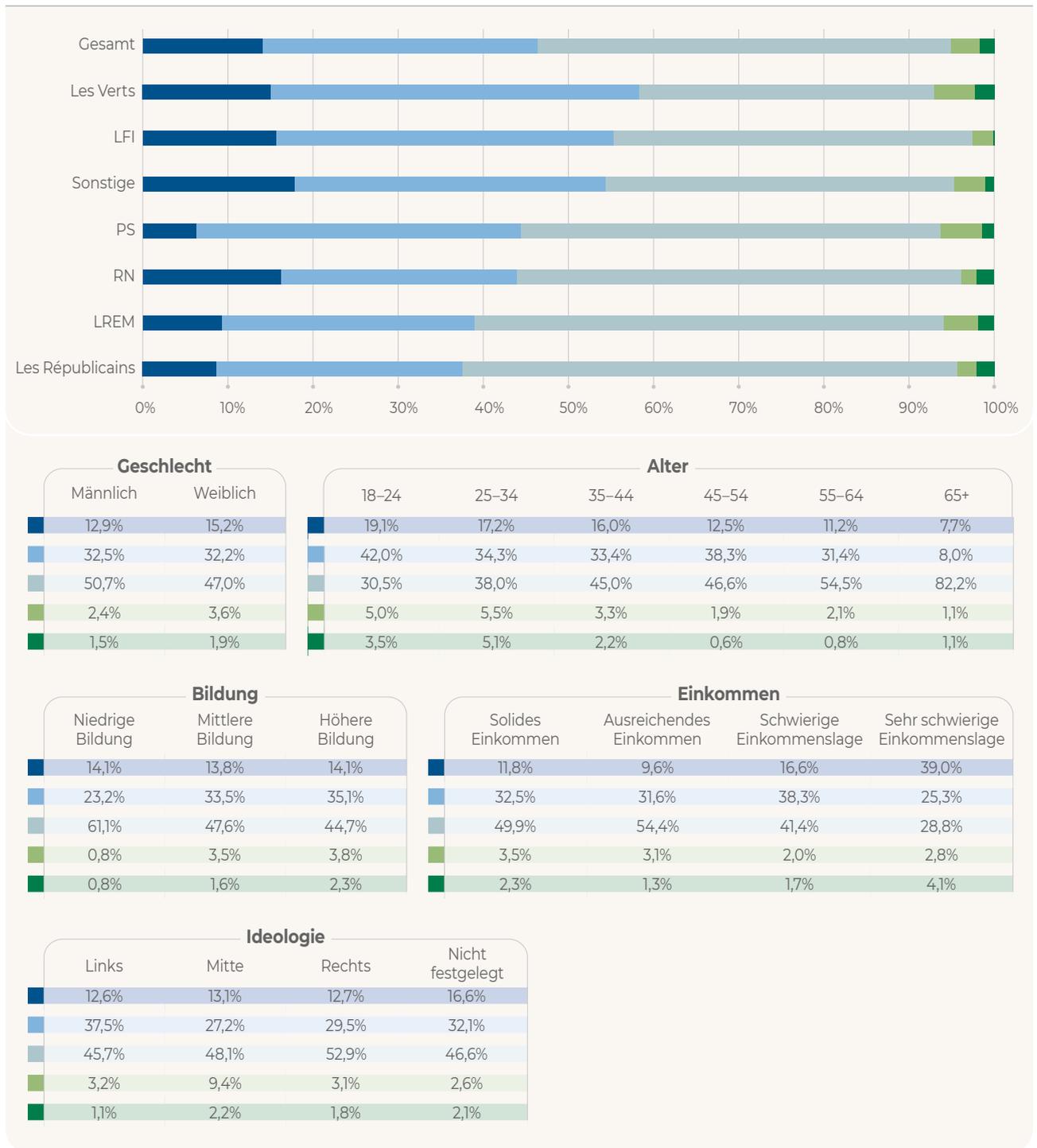


Viele französische Befragte sehen ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie nicht beeinträchtigt (48,9 Prozent). Die Wählerschaft linker Parteien berichtet von einer sehr viel massiveren Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen als die Wählerschaft der eher der Mitte zuzu-

rechnenden Parteien LREM und Les Républicains. Vor allem jüngere Befragte, Menschen mit geringerem Einkommen und Personen mit höherem Bildungsabschluss geben an, am stärksten negativ von der Pandemie betroffen zu sein.

Abbildung 7 / Q75 – Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Arbeitsbedingungen?

Meine Arbeitsbedingungen ... :
■ haben sich massiv verschlechtert
■ sind etwas schlechter geworden
■ sind gleich geblieben
■ haben sich etwas verbessert
■ haben sich sehr verbessert

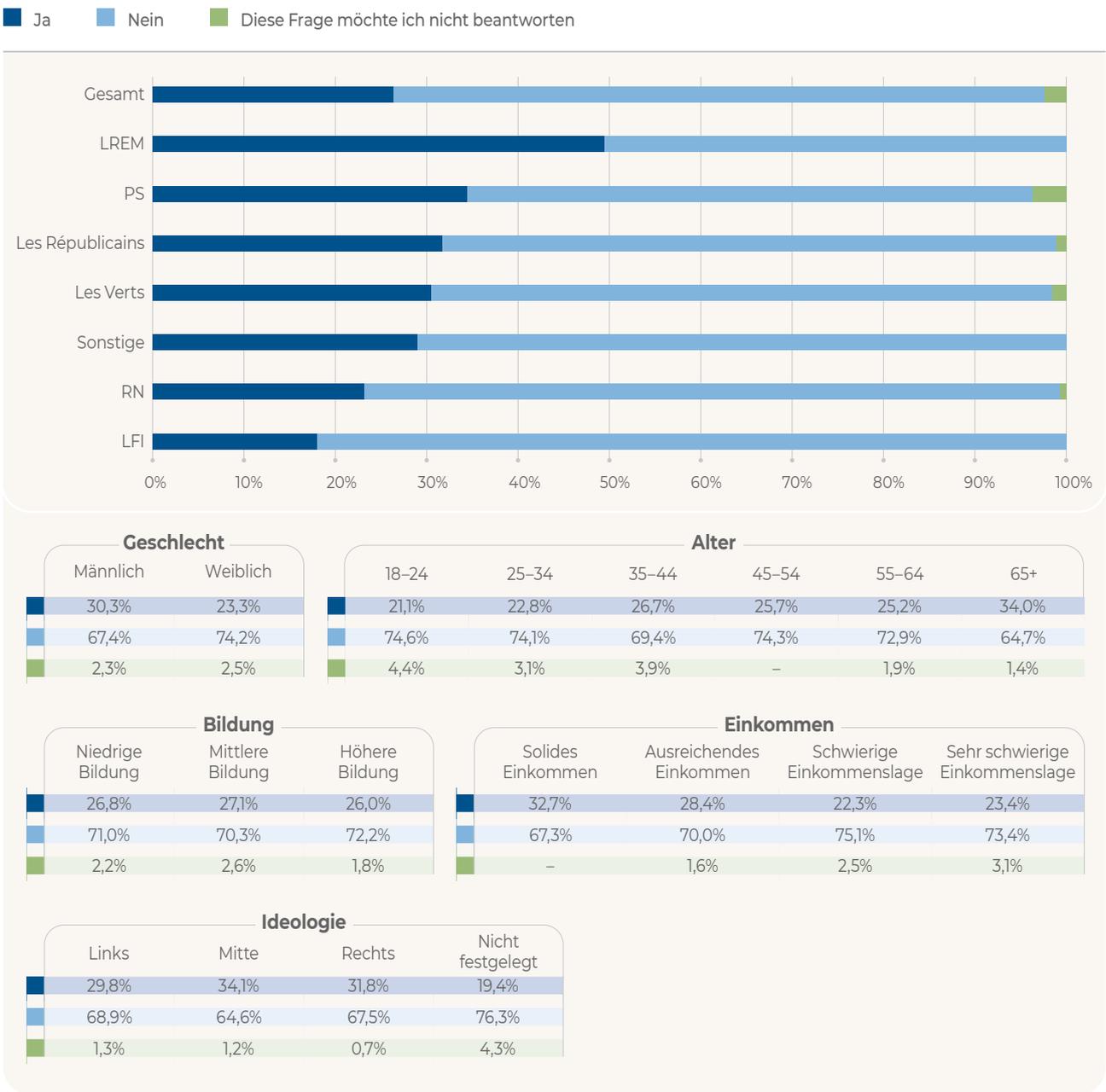


Kontaktverfolgungs-App

Ein eher geringer Anteil der Befragten von nur 26,5 Prozent hat die nationale Kontaktverfolgungs-App (TousAntiCovid) installiert. Der Anteil derjenigen, die die Kontaktverfolgungs-App installiert haben, ist bei den Wähler*innen der regierenden LREM und der Wählerschaft der PS höher als in anderen Wählergruppen, ins-

besondere höher als bei den Wähler*innen von LFI, RN und kleineren Parteien. Am niedrigsten war der Anteil derjenigen, die sich für die Installation der Corona-Warn-App entschieden, bei den Jüngeren und den in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Personen sowie in der ideologisch nicht festgelegten Wählerschaft.

Abbildung 8 / Q61 – Haben Sie die nationale Kontaktverfolgungs-App (TousAntiCOVID) installiert?



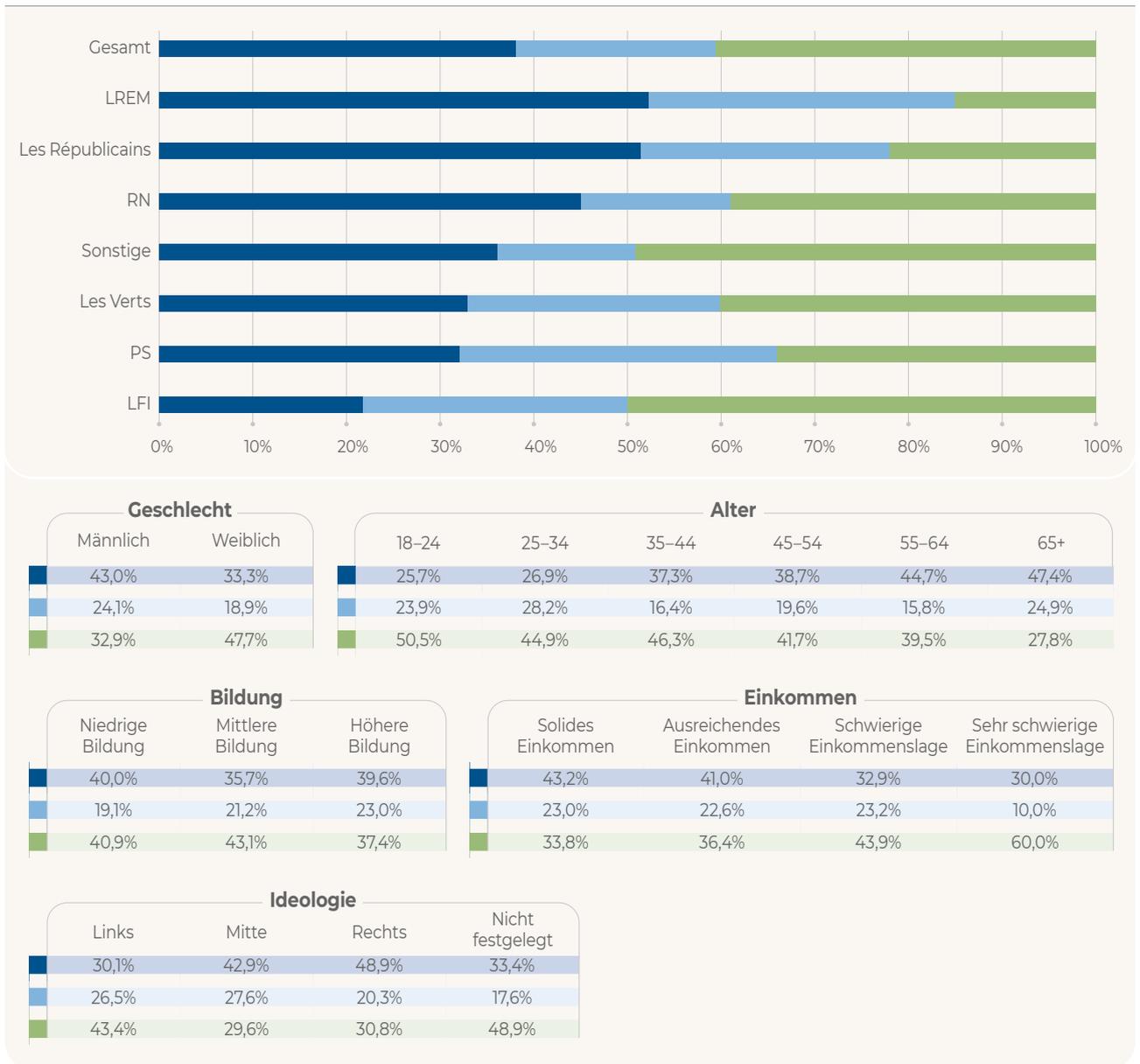
Impfpflicht

In der Frage, ob es eine obligatorische Corona-Impfung geben sollte, spricht die Mehrheit der französischen Bevölkerung sich eindeutig für eine verbindliche Impfpflicht gegen Covid-19 aus. Immerhin 40,6 Prozent der Befragten ist gegen die Impfpflicht, wobei die Wählerschaft von LFI, RN und PS am vehementesten dagegen ist und die Wähler*innen

der LREM am entschiedensten dafür sind. Was die demografische Zusammensetzung betrifft, ist die Zustimmung zu einer Impfpflicht bei den älteren Befragten am höchsten, während sie bei Menschen mit Einkommensproblemen und ideologisch nicht festgelegten Personen am geringsten ist. Unterschiede in den Bildungsniveaus haben in dieser Frage kaum einen Einfluss.

Abbildung 9 / Q21G - Impfpflicht

- Die Covid-19-Impfung sollte für alle verpflichtend sein
- Die Covid-19-Impfung sollte für den Zutritt zum öffentlichen Raum und für soziale Aktivitäten verpflichtend sein
- Die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich impfen lassen oder nicht, ohne dass es für sie Folgen hat



Vertrauen in Institutionen, Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen und öffentliche Wahrnehmung der Corona-Pandemie

Der Index »Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen« beinhaltet 5 Einzelfragen, anhand derer die Befragten die Maßnahmen bewerten sollten, die von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« umfasst 6 Einzelfragen, in denen die Teilnehmer*innen der Umfrage anhand einer 10-Punkte-Skala von 0 »überhaupt kein Vertrauen« bis 10 »volles Vertrauen« gefragt wurden, inwieweit sie verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen. Alle Fragen aus den Streudiagrammen wurden anhand einer 10-Punkte-Skala beantwortet. Bei allen im Länderbericht erfassten Indizes zeigen niedrigere Punkt-

zahlen ein geringes Maß und höhere Punktzahlen ein hohes Maß an Unterstützung/Zustimmung für die gemessenen Sachverhalte an (z. B. bedeutet eine niedrigere Punktzahl im Index zum Vertrauen in die Institutionen, dass die Befragten diesen nur wenig vertrauen). Für zahlreiche Befragtengruppen wurden die Durchschnittswerte jeweils in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt, das die verschiedenen Bevölkerungssegmente nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommensknappheit, politischer Orientierung und Parteineigung erfasst.

Zwischen den beiden Indizes besteht eindeutig ein linearer Zusammenhang: Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Insbesondere die Wählerschaft der gemäßigten Mitte- und Linksparteien, die Befragten mit ei-

Abbildung 10 – Unterstützung für Covid-Maßnahmen

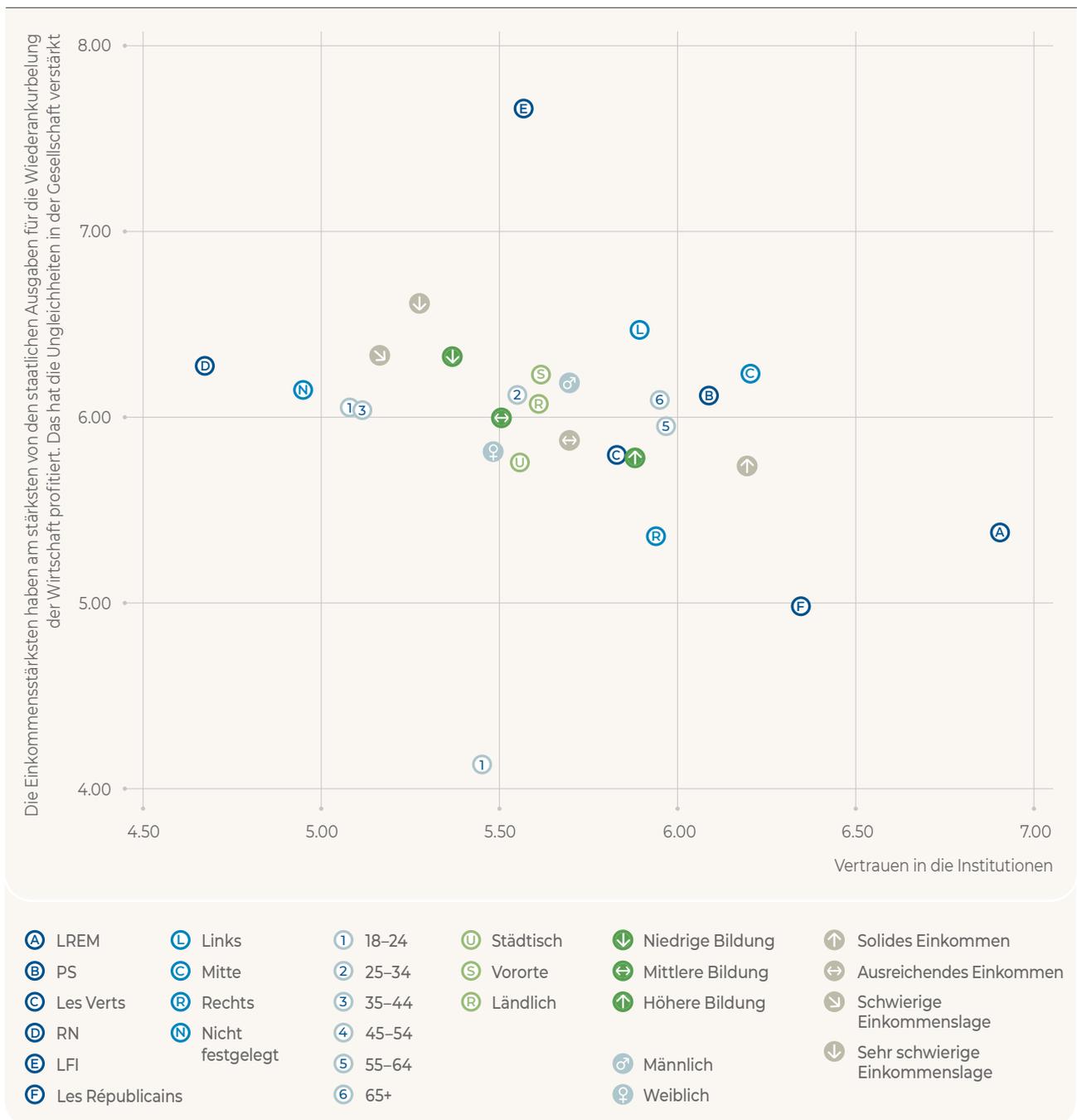


nem höheren Bildungsniveau und die Einkommensstärker unterstützen am entschiedensten die Maßnahmen gegen die Pandemie und haben auch das größte Vertrauen in die Institutionen. Das Gleiche gilt für die älteren Generationen. Auf der anderen Seite haben RN-Wählerschaft und Befragte, die sich in einer prekären wirtschaftlichen Situation befinden, sehr viel weniger Vertrauen in die Institutionen und unterstützen die Covid-Maßnahmen seltener als die höher Gebildeten, die wirtschaftlich Wohlhabenden und die Wähler*innen linker Parteien und der LREM.

Bei der Frage, wer von den öffentlichen Ausgaben während der Pandemie profitiert hat, zeigt sich sehr deutlich, dass die Befragten des linken Flügels, die LFI-Wähler*innen und diejenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung

der Meinung sind, dass die Einkommensstärksten am meisten von den staatlichen Ausgaben für die Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei den Befragten aus dem rechten Spektrum, der Wählerschaft von LREM und Les Républicains ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugute gekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzudenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, die Pandemie habe die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt.

Abbildung 11 – Nutznießer öffentlicher Ausgaben



In der Frage, ob Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, sind die Französinnen und Franzosen offensichtlich geteilter Meinung. Die LFI-Wähler*innen sind eindeutig auch hier die Spitzenreiter, zusammen mit denjenigen, die Mühe haben, finanziell über die Runden zu kommen, sowie den 35- bis 44-Jährigen und den Anhängern der politischen Mitte.

Viele Befragtengruppen vertreten bei diesem Thema indes eine eher gemäßigte Position. Bei den über 65-Jährigen, den Besserverdienenden, bei Personen mit einem höheren Bildungsabschluss sowie den Anhängern der Regierungspartei ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie für verfassungswidrig und antidemokratisch halten, am geringsten.

Abbildung 12 – Covid-Maßnahmen und Verfassungsprinzipien



Alle Befragtengruppen teilen die Ansicht, die Pandemie habe die Spaltung der Bevölkerung vertieft; dies belegen die über dem Durchschnitt liegenden Werte auf der vertikalen Achse. Am stärksten vertreten ist diese Meinung bei

RN-Wähler*innen und Befragten mit Einkommensproblemen, wohingegen sie in der Wählerschaft der LREM, der gemäßigten Parteien und bei den links Wählenden am wenigsten Zustimmung.

Abbildung 13 – Covid-19 und gesellschaftliche Spaltung

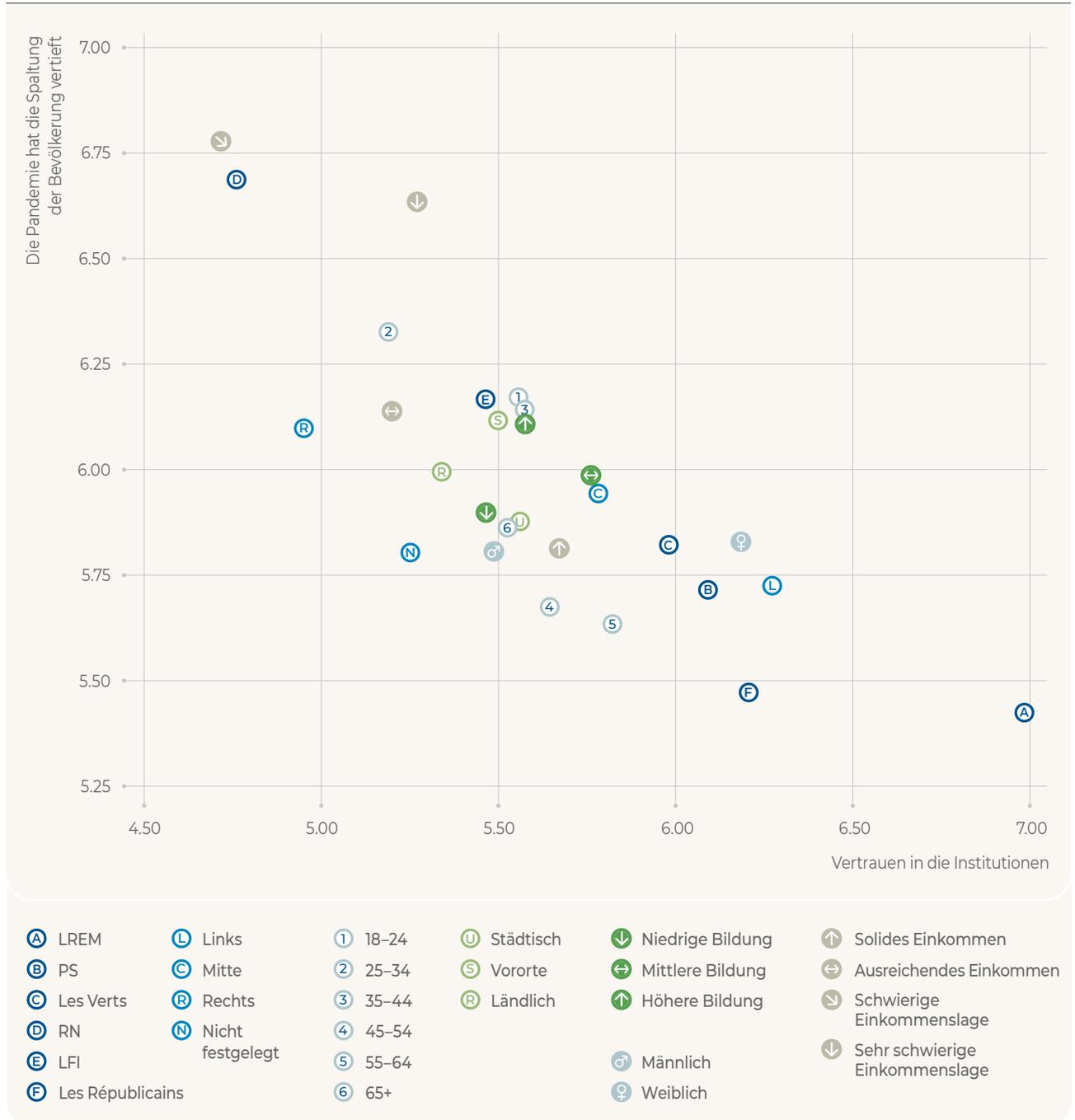
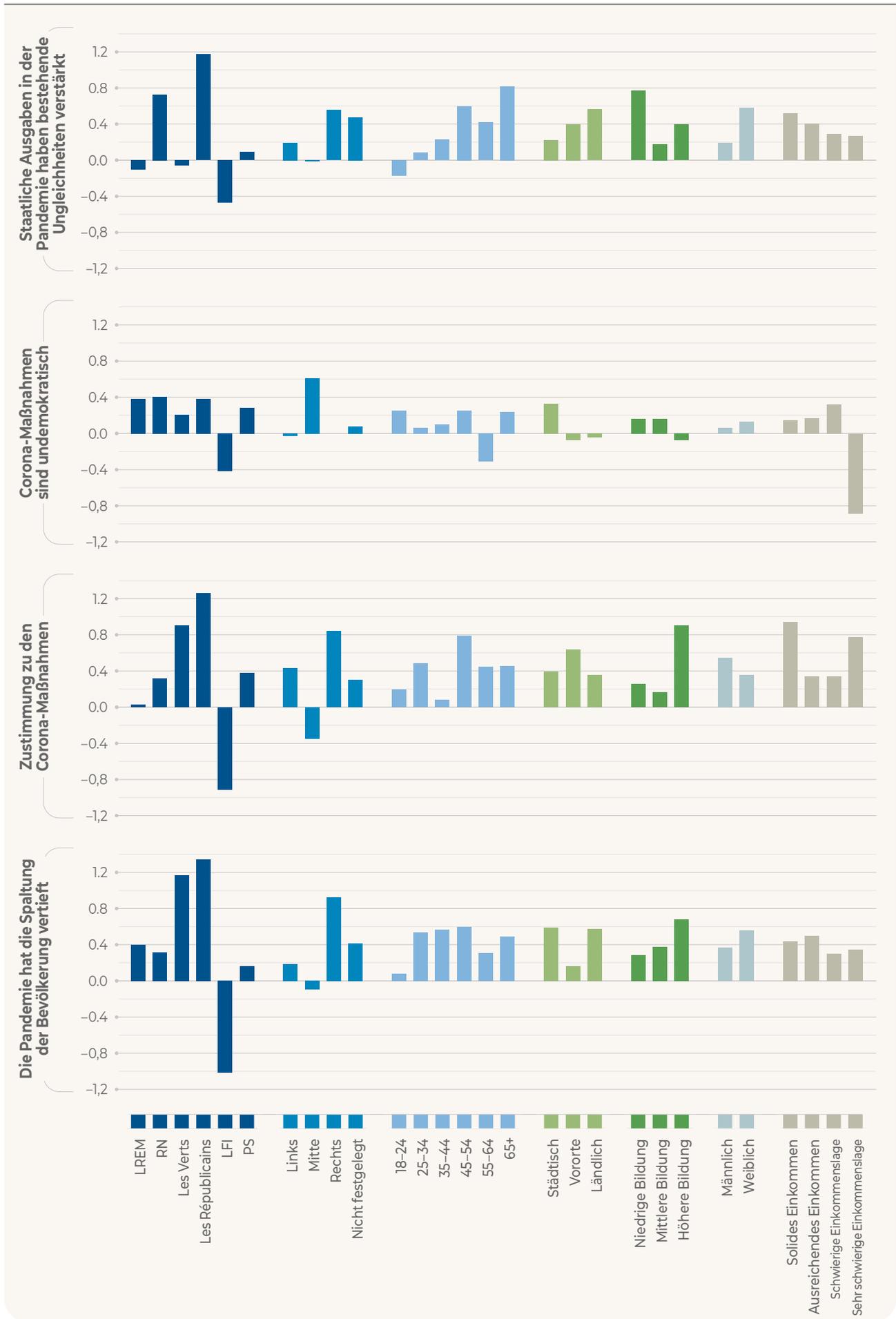


Figure 14



Anhand der unterschiedlichen Ergebnisse in den beiden Erhebungswellen lässt sich aufzeigen, wie sich die Index-Mittelwerte für jede soziodemografische Befragten-Gruppe im zeitlichen Verlauf verändert haben. Hier zeichnet sich eine klare Tendenz ab: Im Vergleich zu 2020 gibt es im Jahr 2021 mehr Befragten-Gruppen, die der Meinung sind, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe. Auch die Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen hat in fast allen Wählergruppen zugenommen – mit

Ausnahme der Befragten in finanziellen Schwierigkeiten; bei diesen ist die Zustimmung am stärksten rückläufig. Dennoch sind immer mehr Befragte der Ansicht, die Maßnahmen seien undemokratisch und die Ungleichheiten hätten sich verschärft. Immer weniger vertreten diese Ansicht nur in den Befragten-Gruppen, die schon vorher gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid waren, wie etwa in der LFI-Wählerschaft und in geringerem Maße bei den Wähler*innen der politischen Mitte.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 1

- Die Mehrheit der französischen Befragten ist sich zwar bewusst, dass die Covid-19-Pandemie gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. In Bezug auf die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und die Impfkampagne ist die Gesellschaft jedoch polarisiert.
- Während die große Mehrheit der Französischen und Franzosen besorgt ist, dass Corona im Fall einer Erkrankung ihre Gesundheit gefährden könnte, halten viele es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus anstecken werden. Die wenigsten Sorgen über das Virus machen sich Wähler*innen von Les Républicains und LFI.
- Rund 40 Prozent der Französischen und Franzosen ist der Ansicht, die Regierung habe die richtigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen, unabhängig von den Folgen für Wirtschaft und die persönlichen Freiheitsrechte. Personen mit geringerem Bildungsniveau, Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die RN- und LFI-Wählerschaft äußerten sich am kritischsten zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen.
- Trotz der relativ hohen Impfquote in Frankreich sind nach den Umfrageergebnissen die meisten französischen Befragten nicht bereit, sich impfen zu lassen. Nur die Wähler*innen von LREM, PS und Les Républicains wollen mehrheitlich das Impfangebot in Anspruch nehmen, während die Wählerschaft von RN und LFI die geringste Impfbereitschaft zeigt. Was die demografischen Gruppen anbelangt, gehören Frauen, jüngere Menschen, Personen mit geringerem Bildungsniveau, Menschen mit schwieriger Einkommenslage und ideologisch nicht festgelegte Personen zu den Befragten, die sich am seltensten impfen lassen.
- Mit Blick auf die Verschlechterung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nimmt die Mehrheit der französischen Bevölkerung negative Auswirkungen wahr, insbesondere was die Lebensqualität betrifft, während für weniger als die Hälfte der Französischen und Franzosen die Arbeitsbedingungen weitgehend unverändert blieben. Offenkundig hatte die Pandemie für die meisten Französischen und Franzosen sehr negative Auswirkungen. Insbesondere für die jüngeren Befragten und Einkommensschwächsten sowie für die Wählerschaft von Les Verts und LFI haben sich sowohl Lebensstandard als auch Arbeitsverhältnisse verschlechtert.
- Mehrheitlich sind die französischen Befragten der Meinung, dass es eine Impfpflicht geben sollte, zumindest wenn es um den Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen geht. Bei der Wählerschaft der LFI, jüngeren Befragten und einkommensschwachen Personen ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.
- Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Vor allem bei den Wähler*innen von LREM und den Mitte-Rechts-Parteien, bei den Menschen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, sowie bei der Wählerschaft mit höherem Einkommen ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen befürworten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten.
- In der Frage, ob die Corona-Maßnahmen gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Am stärksten vertreten ist die Meinung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie würden demokratische Freiheiten beschneiden, in der LFI-, aber auch der RN-Wählerschaft und bei Menschen mit schwieriger Einkommenslage.
- Im Vergleich zu 2020 ist im Jahr 2021 bei fast allen Befragten-Gruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten.



KAPITEL 2

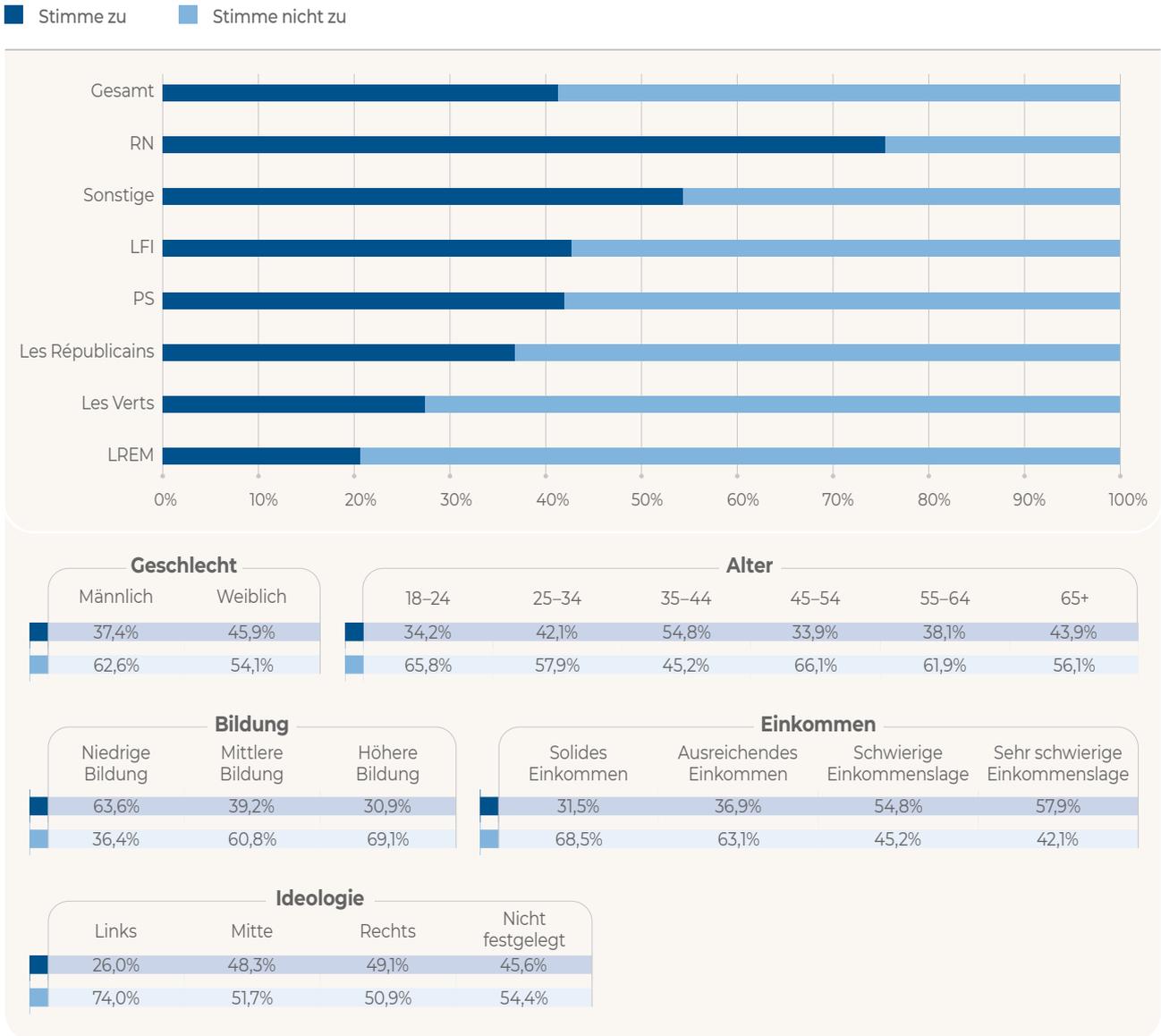
DIE WÄHLERSCHAFT VON LFI UND RN IST BESONDERS ANFÄLLIG FÜR VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, so findet bei den Französinnen und Franzosen die These »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe« die größte Zustimmung – 41,5 Prozent der Befragten geben an, diese Aussage zu glauben. RN-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während

die Wählerschaft von LREM und Les Verts dies am wenigsten tut. Frauen, Befragte zwischen 35 und 44 Jahren, Menschen mit geringerer Bildung, Personen in prekären finanziellen Verhältnissen sowie politische rechts stehende glauben tendenziell eher an diese Verschwörungstheorie.

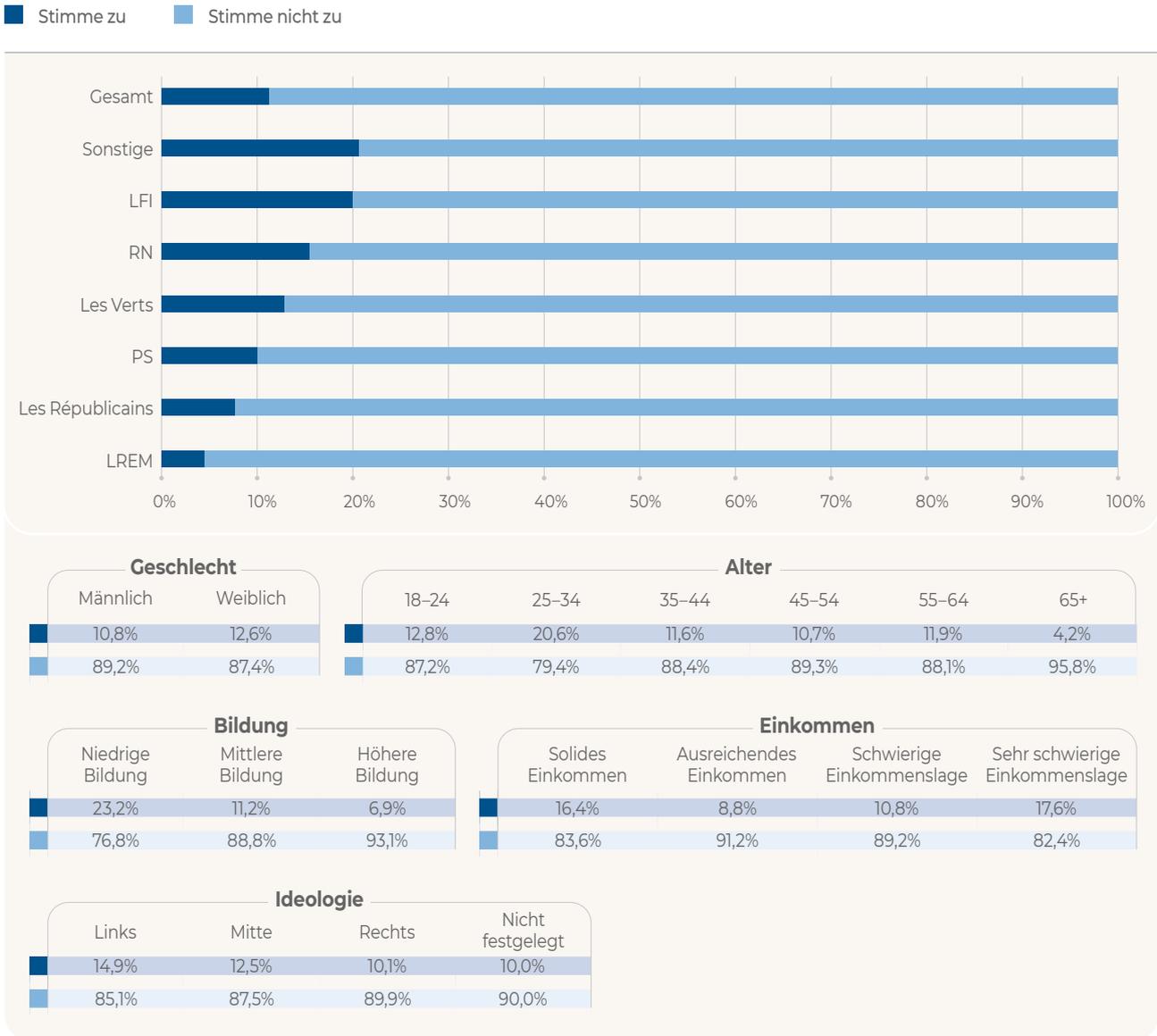
Abbildung 15 / Q57XB – »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe«



Die Verschwörungsthese »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus« trifft nur auf geringe Zustimmung. 11,4 Prozent der Befragten geben an, diese These zu glauben. LFI-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während die Wählerschaft von LREM und Les Républicains dies am wenigsten tut. Im

Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei Befragten mittleren Alters, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Menschen mit schwieriger Einkommenslage sowie politisch links stehenden Befragten.

Abbildung 16 / Q57XB – »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus«



Die Verschwörungstheorie »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen« findet mit 31,9 Prozent der von ihr überzeugten Befragten eine relativ hohe Zustimmung. RN-Wähler*innen stimmen ihr mehrheitlich zu (55,6 Pro-

zent), während die Wählerschaft von LREM und Les Verts dies am wenigsten tut. Gering gebildete, einkommensschwache und politisch in der Mitte und rechts stehende Personen sind am ehesten bereit zu glauben, multinationale Pharmaunternehmen hätten das Virus zu ihrem ökonomischen Vorteil in Umlauf gebracht.

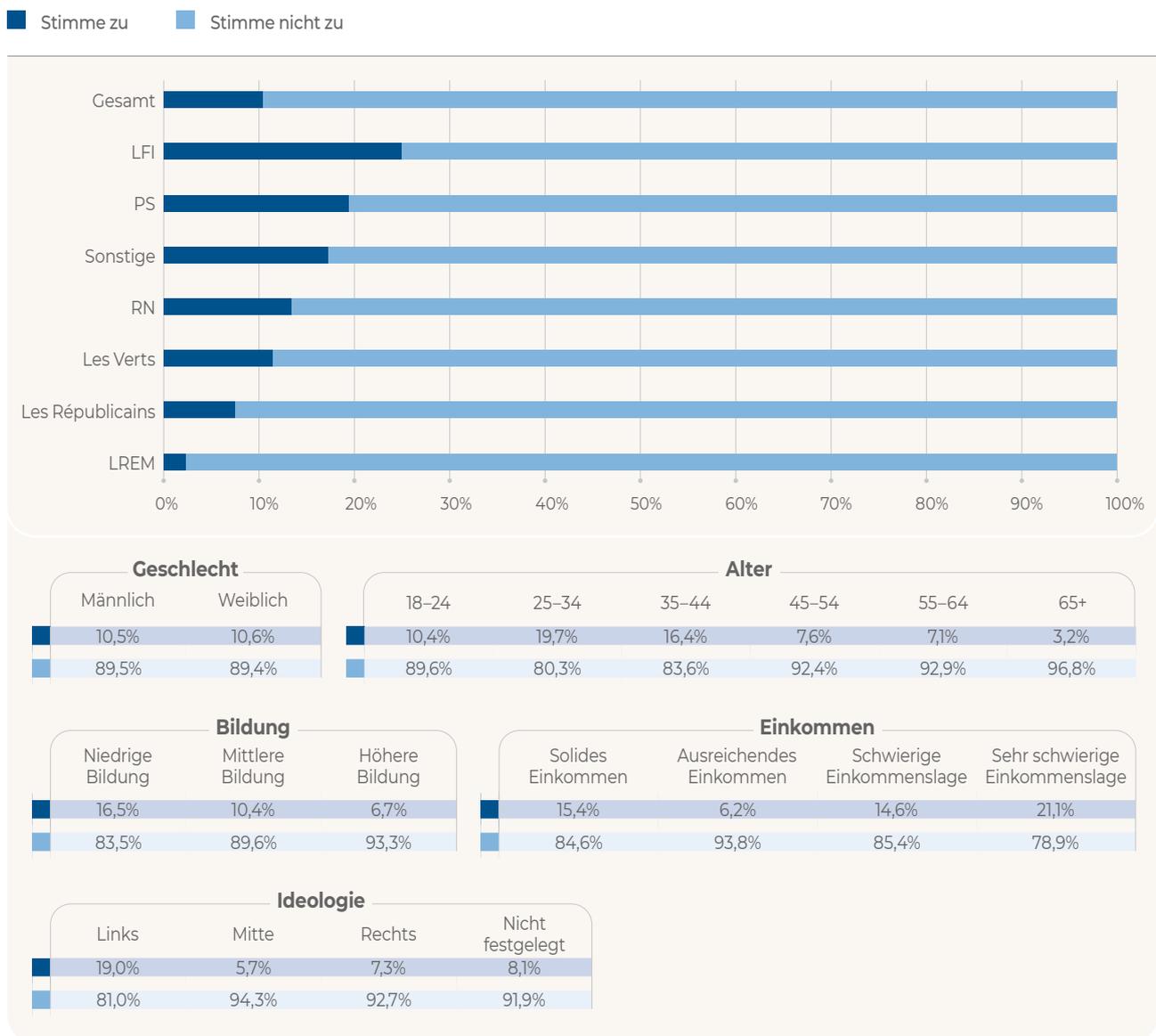
Abbildung 17/Q57XB – »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen«



An wenigsten trifft die Behauptung »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung« auf Zustimmung – nur 10,3 Prozent der Befragten bezweifeln, dass das Virus eine echte Bedrohung darstellt. Die Wählerschaft von LFI, PS und kleineren Parteien stimmt ihr am ehesten zu, während bei den Wählern von LREM und Les Républicains die Meinung, das Coronavirus sei eine Falschmeldung, am we-

nigsten verbreitet ist. Höher als bei anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, bei Befragten mittleren Alters, bei Menschen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen, die finanziell schwer über die Runden kommen, sowie bei ideologisch links Stehenden.

Abbildung 18 / Q57XB – »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung«



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 2

- Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Corona-Pandemie erstaunt es nicht, dass ein unerwartet hoher Anteil der französischen Bürger*innen einige von ihnen für wahr hält.
- Die Wählerschaft von LRI und RN bekennt sich – ebenso wie Wähler*innen mit geringerem Bildungsstand und Befragte mit schwieriger Einkommenslage – deutlich häufiger zu Verschwörungsthesen als andere Wählergruppen.
- Die Verschwörungstheorie, das Virus sei absichtlich von China in Umlauf gebracht und von Pharmakonzernen verbreitet worden, findet in der französischen Öffentlichkeit die größte Unterstützung: 42 bzw. 32 Prozent der Befragten glauben daran.
- Eine erhebliche Zahl der Befragten stimmt auch den beiden anderen Verschwörungsthesen zu, obwohl dies angesichts der Abwegigkeit dieser Behauptungen nicht zu erwarten war. 11 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, die 5G-Technologie trage dazu bei, dass sich das Virus schneller ausbreitet, und 10 Prozent gehen davon aus, es handle sich bei der Verbreitung des Coronavirus um eine Falschmeldung.
- Entgegen der landläufigen Meinung legen die Daten den Schluss nahe, dass der Glaube an Verschwörungsthesen in Frankreich weit verbreitet ist. Offenbar ist in Krisenzeiten die öffentliche Meinung empfänglicher für suggestive Botschaften, die von Populisten und Organisationen mit möglicherweise antidemokratischen Bestrebungen verbreitet werden.



KAPITEL 3

JUNGE BEFRAGTE SCHÄTZEN WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN BESONDERS PESSIMISTISCH EIN



Wirtschaftliche Situation 2021 im Vergleich zu 2020

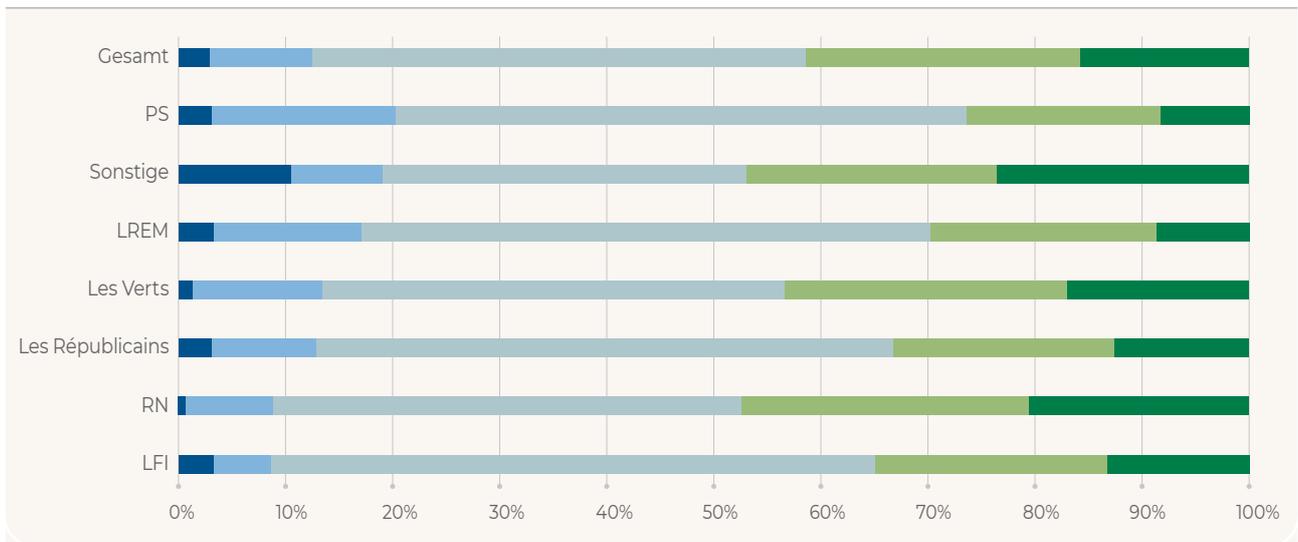
Eine große Minderheit der französischen Befragten (44,7 Prozent) gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage sich während der Pandemie im Jahr 2020 im Vergleich zu 2021 nicht verändert hat. Nachvollziehbarerweise meinen nur 16 Prozent, ihre Situation habe sich verbessert, während sich für etwa 39 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Situation seit 2020 verschlechtert hat. PS-Wähler*innen haben sich nach eigenen Angaben am häufigsten verbessert, bei

der Wählerschaft der LFI-Wählerschaft ist das Gegenteil der Fall. Auch die wirtschaftliche Situation der Befragten aus denselben Wählergruppen blieb im Vergleich zu 2020 weitgehend unverändert. Der Anteil der Befragten, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, ist in fast allen demografischen Gruppen ähnlich hoch, jedoch mehr ausgeprägt bei älteren Befragten, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und geringerem Einkommen sowie ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 19 / Q27 – Die ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ nicht verändert ■ etwas verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	3,3%	2,2%
etwas verbessert	10,8%	8,8%
nicht verändert	47,0%	45,5%
etwas verschlechtert	24,6%	26,8%
massiv verschlechtert	14,3%	16,7%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	6,9%	5,1%	2,0%	2,3%	2,6%	0,5%
etwas verbessert	16,1%	15,4%	12,4%	8,3%	4,0%	5,4%
nicht verändert	35,4%	44,9%	47,3%	46,4%	48,7%	49,7%
etwas verschlechtert	31,6%	21,0%	22,8%	23,5%	27,8%	29,1%
massiv verschlechtert	10,0%	13,6%	15,5%	19,5%	17,0%	15,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	2,5%	2,5%	3,0%
etwas verbessert	6,9%	9,5%	11,8%
nicht verändert	44,0%	46,9%	47,2%
etwas verschlechtert	28,0%	26,6%	23,3%
massiv verschlechtert	18,6%	14,5%	14,6%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	9,1%	1,9%	0,9%	1,1%
etwas verbessert	15,1%	11,3%	5,6%	3,9%
nicht verändert	53,9%	54,4%	33,5%	19,4%
etwas verschlechtert	14,9%	22,3%	40,1%	22,3%
massiv verschlechtert	6,9%	10,1%	19,8%	53,2%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	5,1%	2,2%	2,9%	1,6%
etwas verbessert	11,7%	13,5%	10,9%	6,9%
nicht verändert	46,8%	48,7%	47,3%	44,1%
etwas verschlechtert	24,3%	23,2%	23,9%	28,6%
massiv verschlechtert	12,1%	12,4%	15,0%	18,8%

Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

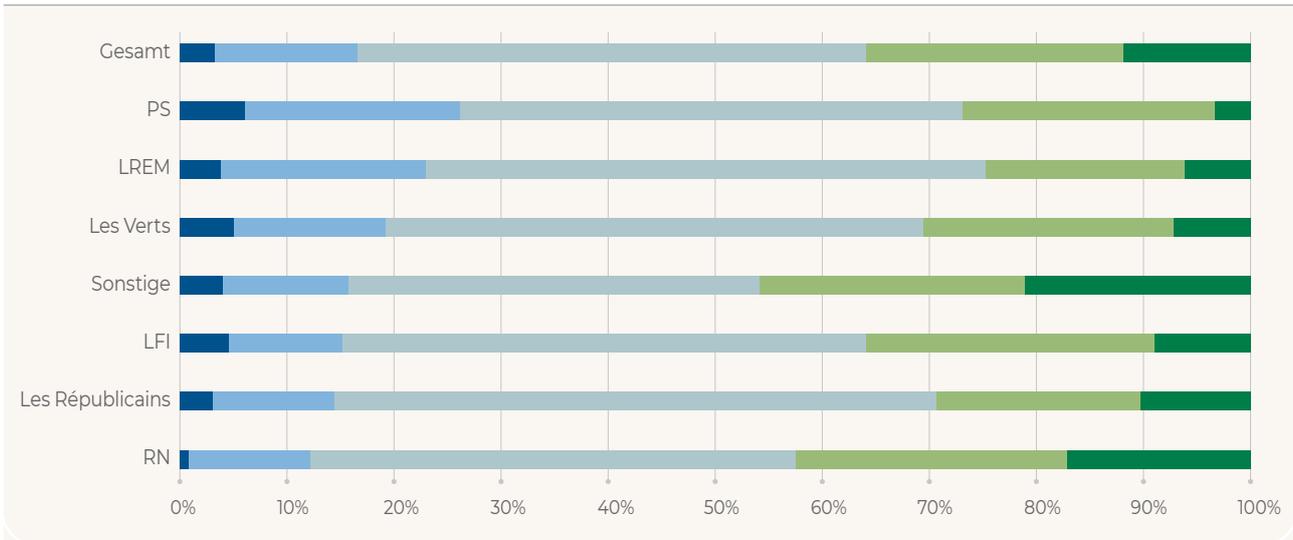
Was die Wirtschaftserwartungen für die nächsten 12 Monate betrifft, gehen 46,4 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre ökonomische Situation sich nicht ändern wird. Allerdings sind mehr Befragte pessimistisch (33,8 Prozent) als optimistisch (19,8 Prozent). Die PS-Wähler-

schaft hat die positivsten, die RN-Wählerschaft die negativsten Erwartungen an das kommende Jahr. Letzteres trifft auch auf ältere Befragte, Menschen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen mit prekären Einkommensverhältnissen sowie auf die Befragten des Mitte-Links-Spektrums zu.

Abbildung 20 / Q28 – Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Meinen Sie, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ gleich bleibt ■ verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	3,5%	3,4%
etwas verbessert	15,5%	11,1%
gleich bleibt	45,7%	49,2%
verschlechtert	24,2%	24,9%
massiv verschlechtert	11,2%	11,5%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	8,0%	8,3%	2,4%	1,8%	0,7%	1,7%
etwas verbessert	26,2%	23,5%	14,2%	12,7%	4,5%	4,3%
gleich bleibt	43,1%	44,5%	49,6%	47,2%	51,0%	47,8%
verschlechtert	17,5%	15,2%	21,7%	24,5%	30,2%	33,7%
massiv verschlechtert	5,2%	8,6%	12,2%	13,9%	13,7%	12,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	2,3%	3,9%	3,3%
etwas verbessert	8,4%	12,6%	17,0%
gleich bleibt	45,4%	51,0%	45,1%
verschlechtert	28,3%	23,9%	23,0%
massiv verschlechtert	15,6%	8,7%	11,5%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	10,0%	2,0%	2,5%	2,4%
etwas verbessert	21,0%	13,7%	10,5%	2,8%
gleich bleibt	51,2%	53,3%	38,5%	29,0%
verschlechtert	13,2%	24,2%	32,7%	24,7%
massiv verschlechtert	4,6%	6,8%	15,9%	41,1%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	5,6%	4,5%	2,5%	2,4%
etwas verbessert	12,8%	20,9%	13,0%	11,6%
gleich bleibt	47,6%	44,9%	51,4%	45,0%
verschlechtert	27,8%	25,4%	19,6%	26,4%
massiv verschlechtert	6,2%	4,3%	13,5%	14,6%

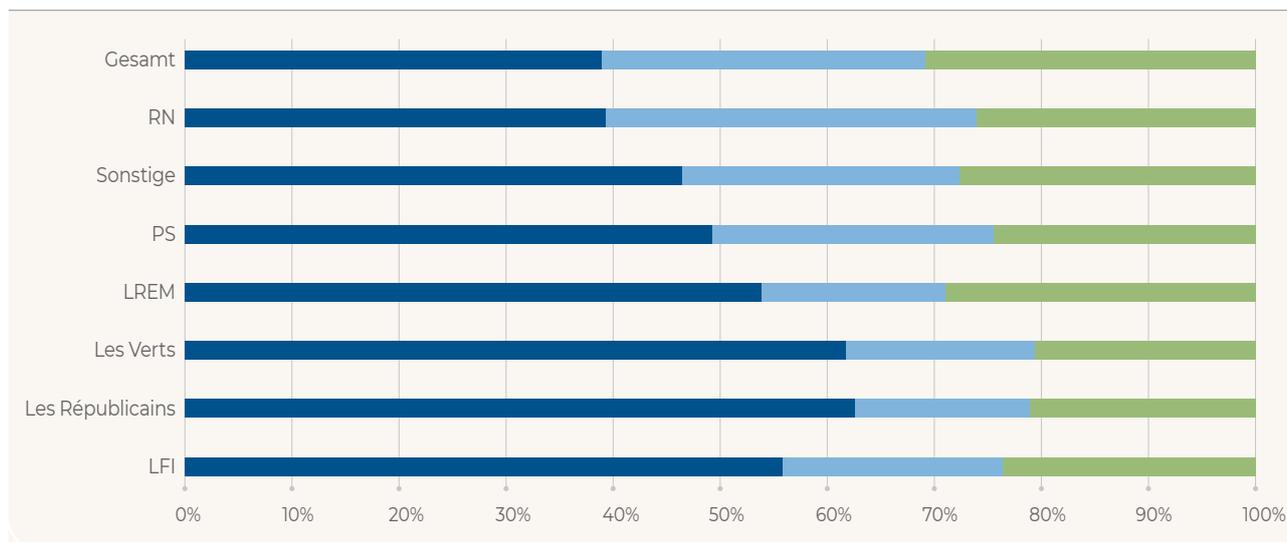
Arbeiten von zu Hause aus

Die Mehrheit der französischen Befragten (55,7 Prozent) hat zum Zeitpunkt der Datenerhebung – November 2020 – in der Vorwoche nicht von zu Hause aus gearbeitet. RN-Wähler*innen arbeiteten am seltensten von zu Hause

aus, während die Wählerschaft von LFI und Les Républicains die meiste Zeit im Homeoffice verbrachte. Männer, jüngere und ältere Befragte, Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsniveau arbeiteten häufiger von zu Hause aus als andere Gruppen.

Abbildung 21 / Q9 – »Wie häufig haben Sie in der letzten Woche von zu Hause aus gearbeitet?«

Keinen Arbeitstag 1-3 Arbeitstage Mehr als 3 Arbeitstage



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Keinen Arbeitstag	52,7%	58,9%
1-3 Arbeitstage	23,5%	18,1%
Mehr als 3 Arbeitstage	23,8%	23,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Keinen Arbeitstag	54,6%	49,8%	55,6%	62,6%	56,4%	36,7%
1-3 Arbeitstage	23,2%	28,2%	18,0%	16,3%	20,1%	35,0%
Mehr als 3 Arbeitstage	22,2%	22,0%	26,3%	21,2%	23,6%	28,3%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Keinen Arbeitstag	59,0%	63,1%	47,1%
1-3 Arbeitstage	14,1%	19,2%	24,5%
Mehr als 3 Arbeitstage	26,9%	17,8%	28,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Keinen Arbeitstag	39,0%	59,9%	59,7%	70,0%
1-3 Arbeitstage	33,6%	19,4%	13,4%	12,2%
Mehr als 3 Arbeitstage	27,4%	20,7%	26,9%	17,8%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Keinen Arbeitstag	48,1%	59,0%	50,5%	64,5%
1-3 Arbeitstage	22,3%	25,2%	24,8%	15,6%
Mehr als 3 Arbeitstage	29,6%	15,8%	24,7%	19,9%

Einkommenssituation

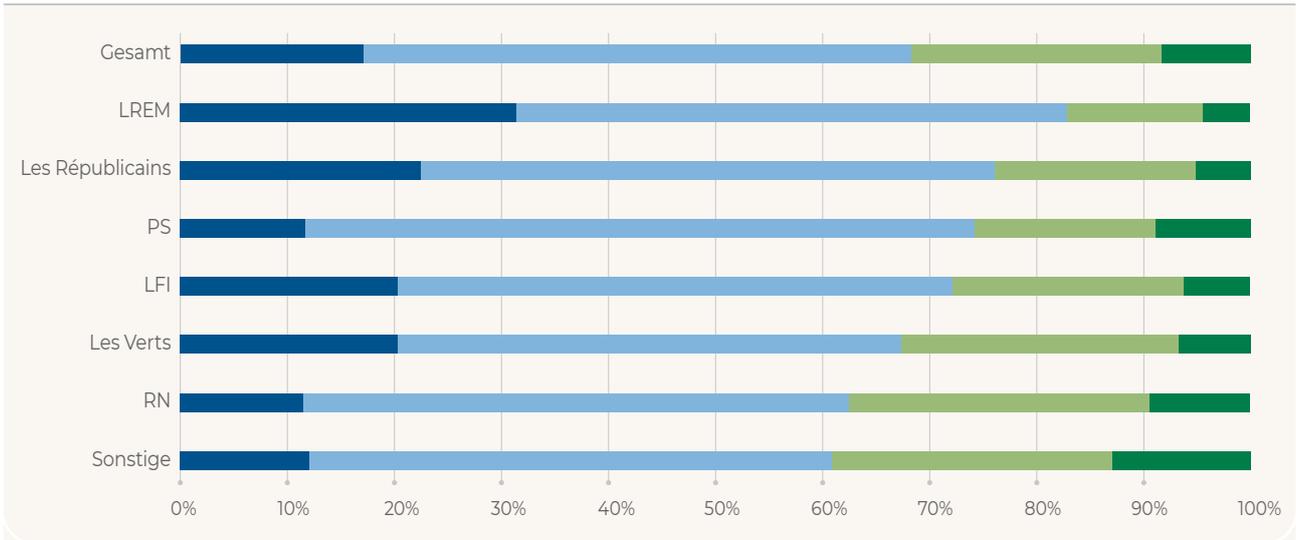
Die Mehrheit der französischen Bürger*innen (68,4 Prozent) lebt nach eigenen Angaben zufriedenstellend bzw. kommt mit ihrem Einkommen gut aus. Die Wählergruppen, die die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, sind die Wähler*innen von RN und kleineren Partei-

en, während die Wählerschaft von LREM, Les Républicains und PS größtenteils angibt, dass es ihr wirtschaftlich gut geht. Frauen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Befragte ohne ideologische Festlegung haben größere wirtschaftliche Schwierigkeiten als andere Gruppen.

Abbildung 22 / Q12 – Einkommensverhältnisse

Welche dieser Einschätzungen trifft am ehesten auf Ihr momentanes Haushaltseinkommen zu?

■ Solides Einkommen ■ Ausreichendes Einkommen ■ Schwierige Einkommenslage ■ Sehr schwierige Einkommenslage



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Solides Einkommen	19,7%	14,3%
Ausreichendes Einkommen	52,8%	50,1%
Schwierige Einkommenslage	20,3%	26,5%
Sehr schwierige Einkommenslage	7,2%	9,1%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Solides Einkommen	23,6%	23,8%	15,0%	14,5%	16,2%	13,6%
Ausreichendes Einkommen	43,0%	47,0%	50,4%	53,4%	53,9%	55,5%
Schwierige Einkommenslage	24,8%	22,1%	24,5%	22,7%	23,2%	23,9%
Sehr schwierige Einkommenslage	8,6%	7,1%	10,1%	9,4%	6,7%	7,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Solides Einkommen	11,0%	13,8%	24,7%
Ausreichendes Einkommen	49,9%	54,8%	48,7%
Schwierige Einkommenslage	27,2%	24,1%	20,1%
Sehr schwierige Einkommenslage	11,9%	7,4%	6,5%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Solides Einkommen	19,4%	23,0%	20,3%	11,4%
Ausreichendes Einkommen	53,2%	53,7%	53,0%	48,5%
Schwierige Einkommenslage	20,7%	17,4%	19,5%	29,8%
Sehr schwierige Einkommenslage	6,7%	5,9%	7,2%	10,3%

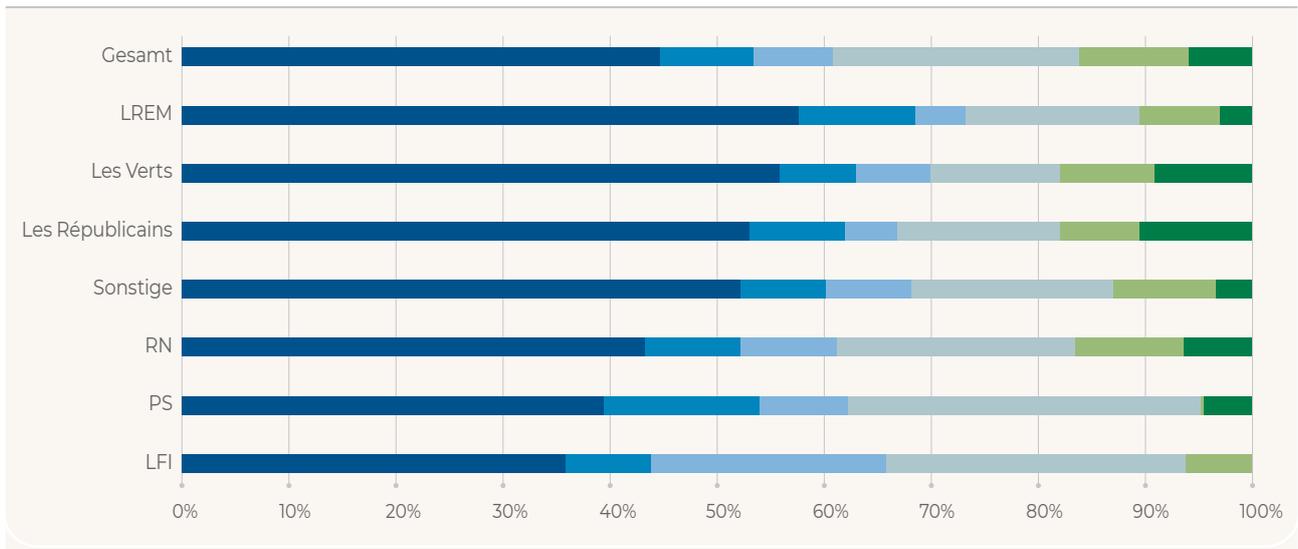
Wohneigentum

Was das Wohneigentum anbelangt, ist der Anteil der Eigenheimbesitzer bei den Wähler*innen der LERM (Macron-Partei) und der ökologisch orientierten Les Verts deutlich höher als bei der Wählerschaft von RN, PS und vor allem LFI. In der PS-Wählerschaft findet sich auch der größte Anteil an Mieter*innen, die zur Miete bei privaten Vermietern und bei Vermietern mit nicht abbezahltem Wohneigentum wohnen.

Was die demografische Zusammensetzung betrifft, ist der Anteil der Personen, die abbezahltes Wohneigentum besitzen, bei Männern, Befragten ab 55 Jahren und Menschen mit höherem Einkommen deutlich höher als in anderen Wählergruppen. Bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten ist der Anteil der Wohneigentumsbesitzer im Vergleich zu ideologisch anders orientierten Gruppen erheblich geringer.

Abbildung 23 / Q12B – Wohneigentum

- Besitz eines Eigenheims
- Wohnungsbaugesellschaft als Vermieter
- Wohnungsgenossenschaft als Vermieter
- Besitz eines nicht abbezahlten Eigenheims
- Privater Vermieter
- Andere Wohnformen



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	48,1%	42,1%
■	7,4%	9,6%
■	8,7%	6,2%
■	23,1%	22,9%
■	7,6%	13,0%
■	5,0%	6,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
■	33,3%	29,1%	40,2%	43,3%	56,7%	60,1%
■	5,1%	11,5%	10,9%	15,7%	5,7%	2,3%
■	16,2%	5,5%	7,1%	7,9%	8,3%	3,2%
■	31,6%	36,4%	23,4%	17,4%	14,6%	18,3%
■	9,4%	12,7%	11,4%	12,9%	10,2%	6,9%
■	4,3%	4,8%	7,1%	2,8%	4,5%	9,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	48,3%	40,0%	50,0%
■	5,6%	11,1%	7,4%
■	7,3%	8,6%	6,5%
■	16,2%	25,0%	25,3%
■	13,7%	11,1%	5,9%
■	9,0%	4,2%	5,0%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	62,9%	52,7%	35,1%	21,6%
■	9,3%	9,2%	9,2%	6,8%
■	4,6%	4,6%	10,5%	13,6%
■	12,6%	21,4%	27,2%	28,4%
■	4,6%	7,4%	12,1%	21,6%
■	6,0%	4,6%	5,9%	8,0%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	46,0%	47,5%	50,4%	40,4%
■	7,1%	12,1%	11,2%	6,8%
■	11,1%	6,1%	5,4%	7,0%
■	24,8%	24,2%	18,0%	25,2%
■	7,1%	7,1%	8,6%	14,3%
■	4,0%	3,0%	6,5%	6,3%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 3

- Fast 70 Prozent der französischen Befragten geben an, dass ihre wirtschaftliche Lage von 2020 bis 2021 unverändert blieb oder besser geworden ist. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich nach eigener Wahrnehmung verschlechtert hat, bei jüngeren Befragten, bei LFI- und RN-Wähler*innen sowie bei Befragten mit schwieriger Einkommenslage.
- Befragt nach ihrer Einschätzung der Konjunkturaussichten für das kommende Jahr (2022), ist die französische Bevölkerung geteilter Meinung. Die Wähler*innen von RN und LFI, ältere und weniger gebildete Befragte haben ebenso wie die Wählerschaft von PS und LREM und jüngere Befragte die negativsten Wirtschaftserwartungen.
- In Bezug auf das Einkommen geben fast 70 Prozent der Französischen und Franzosen an, dass sie mit ihrem derzeitigen Einkommen gut oder zumindest ausreichend leben können. Die Wähler*innen von LREM und Les Verts sind die wirtschaftlich am besten gestellten Wählergruppen, ebenso wie ältere Befragte und Menschen mit höherem Bildungsstand. In der Wählerschaft von RN und kleineren Parteien ist der Anteil der Menschen mit Einkommensproblemen am höchsten.
- Wähler*innen von LREM und Les Verts besitzen im Vergleich zu anderen Wählergruppen sehr viel häufiger abbezahltes Wohneigentum.
- Das Einkommen ist ebenfalls ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat.





KAPITEL 4

IDEOLOGIE, PARTEIPRÄFERENZ UND GESCHLECHT ALS BESTIMMENDE FAKTOREN GEGENÜBER EINWANDERUNG



EU-Mitgliedschaft

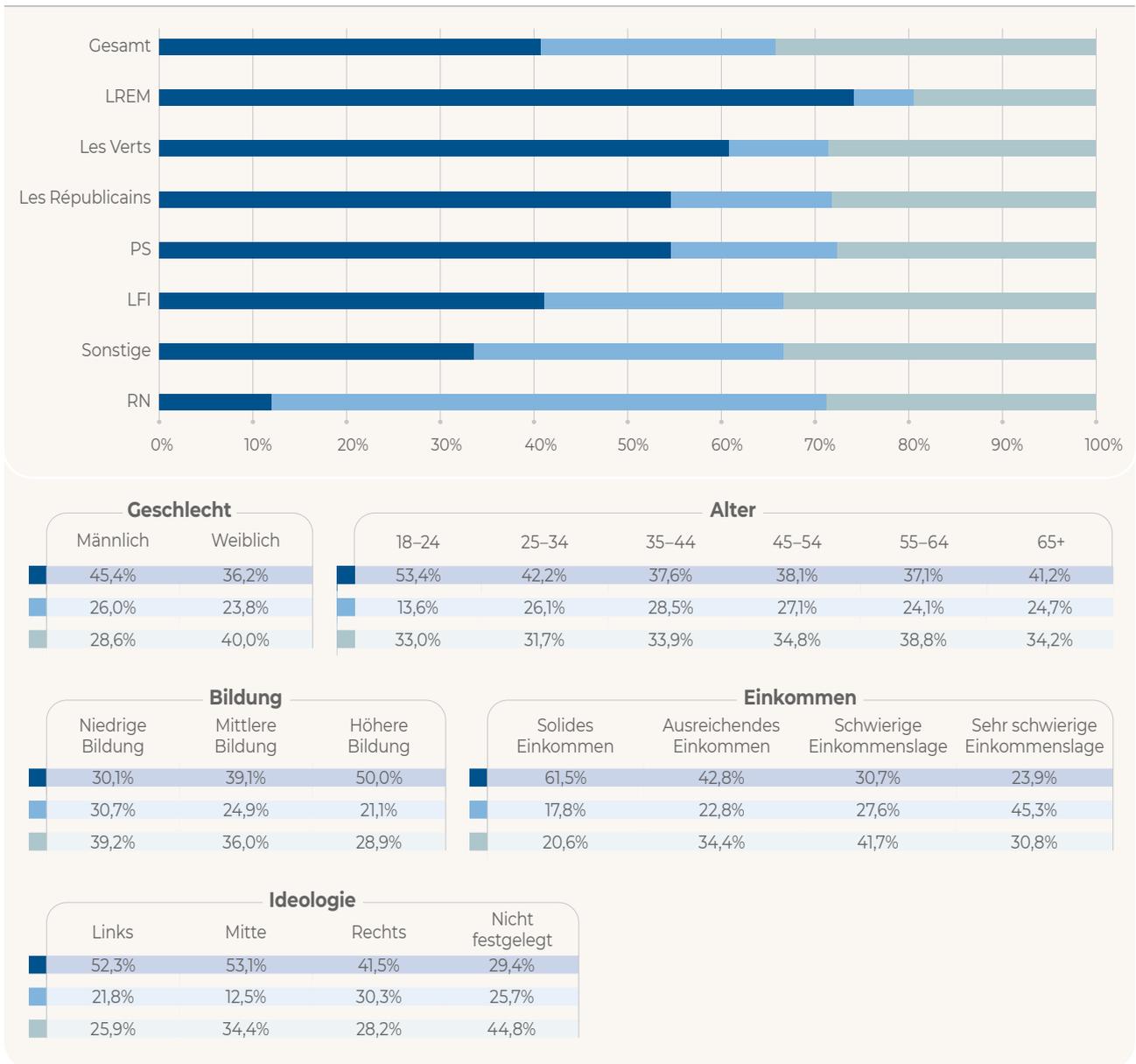
Weniger als die Hälfte der französischen Befragten sieht die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv (41 Prozent), während nur 24,8 Prozent die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Die Ergebnisse unterscheiden sich je nach Wahlverhalten, wobei LREM-Wähler*innen die EU-Mitgliedschaft Frankreichs überwiegend positiv bewerten, während bei der RN-Wählerschaft und den Anhängern

kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Frankreichs kritisch sehen, am größten ist. Was die demografische Zusammensetzung der Befragten anbelangt, ist der Anteil derjenigen, die Frankreichs EU-Mitgliedschaft negativ bewerten, bei Männern, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Personen mit Einkommensproblemen und Befragten aus dem rechten Spektrum am größten.

Abbildung 24 / Q20 – EU-Mitgliedschaft

Wie sehen Sie die grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes?

■ Positiv ■ Negativ ■ Weder gut noch schlecht



Regulierung der Wirtschaft durch den Staat

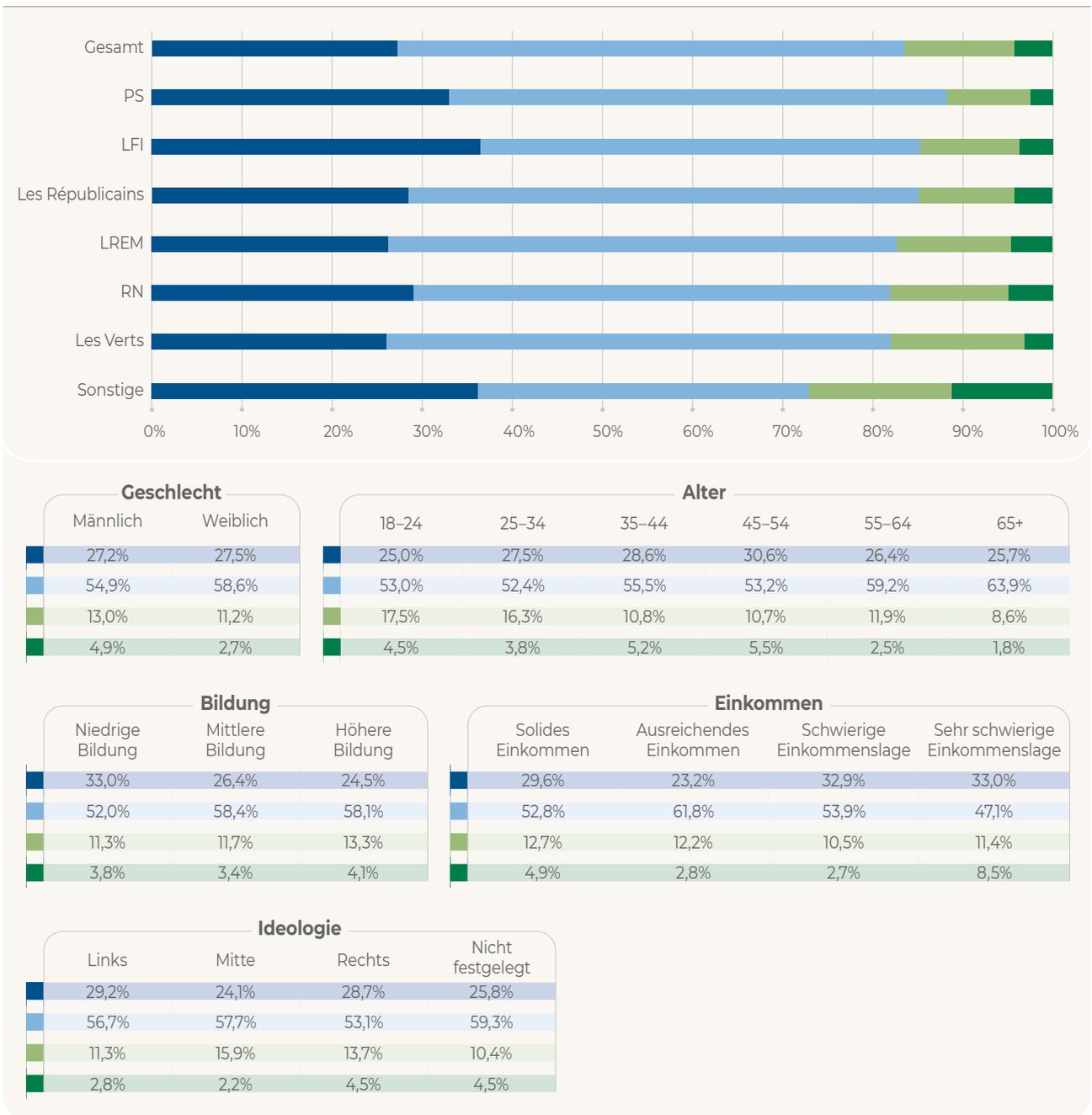
Was für die (gemäßigte) Linke eine gute Nachricht sein dürfte, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit von 84 Prozent der französischen Befragten eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat befürwortet. Wähler*innen von PS und LFI nehmen am entschiedensten diesen Standpunkt ein; überraschenderweise lehnen die Wähler*innen von Les Verts und kleineren Parteien ihn am vehementesten ab. Die Meinung, der

Staat dürfe nicht stärker regulierend eingreifen, ist neben der jüngeren Generation und den Befragten mit höherem Bildungsniveau am stärksten bei den Männern vertreten (was auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede verweist, wobei Frauen eher für staatliche Eingriffe sind). Am wenigsten verbreitet ist die Meinung, die Wirtschaft müsse stärker staatlich reguliert werden, bei Menschen mit niedrigerem Einkommen und bei denjenigen, die sich der Mitte zugehörig fühlen.

Abbildung 25 / Q41C – Staatliche Wirtschaftsregulierung

»Die Wirtschaft sollte stärker staatlich reguliert werden«

■ Stimme absolut zu ■ Stimme zu ■ Stimme nicht zu ■ Stimme absolut nicht zu



Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

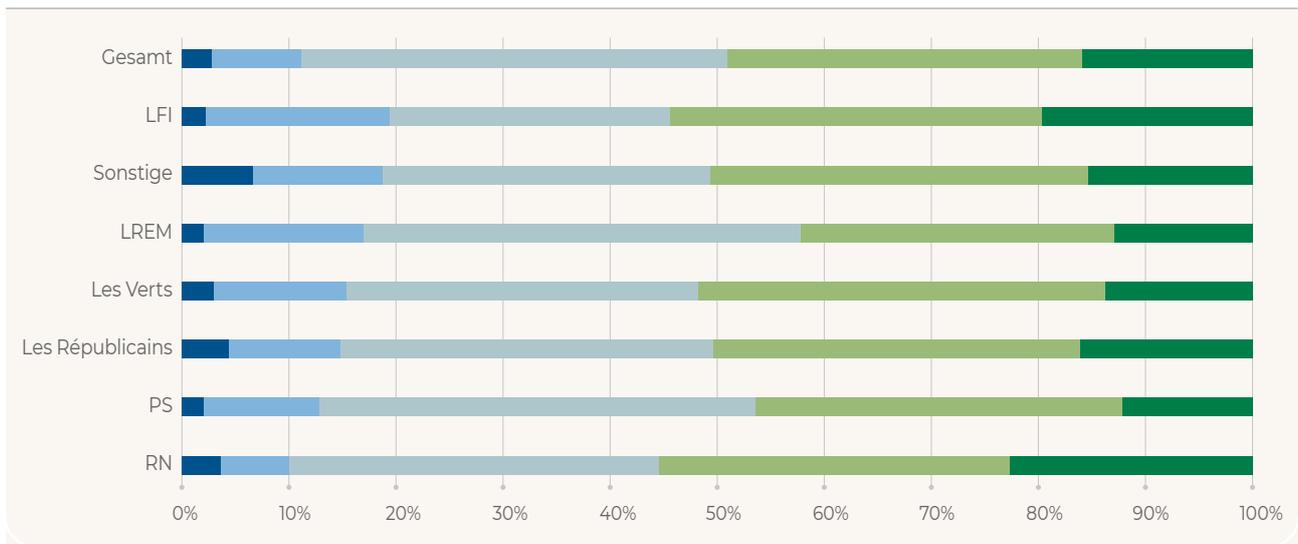
Beim Thema »Misstrauen gegenüber der Wissenschaft« – eine weit verbreitete Einstellung bei Bürger*innen, die dem Umgang mit der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen – lässt sich eine deutliche Tendenz erkennen: Mehr als 49 Prozent der Befragten teilen die Ansicht, dass »die Menschen nicht erkennen, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«, während nur 11

Prozent der Befragten nicht dieser Meinung sind. Der Anteil der Befragten, die dieser Ansicht zustimmen, ist in allen Wählergruppen sehr hoch. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei den Wähler*innen von LFI und RN; am geringsten ist sie bei der Wählerschaft von LREM und auch hier der LFI, wobei der Grad der Zustimmung in allen demografischen Gruppen annähernd identisch ist.

Abbildung 26 / Q53 – Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

»Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«

■ Stimme absolut nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme absolut zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut nicht zu	3,6%	2,2%
Stimme eher nicht zu	10,1%	6,5%
Weder noch	38,0%	42,1%
Stimme eher zu	32,6%	33,6%
Stimme absolut zu	15,7%	15,6%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
Stimme absolut nicht zu	5,5%	5,9%	3,3%	4,4%	1,0%	1,3%
Stimme eher nicht zu	7,3%	7,2%	6,3%	7,2%	9,8%	10,3%
Weder noch	41,1%	35,1%	41,2%	40,2%	40,4%	42,2%
Stimme eher zu	33,3%	36,4%	30,4%	33,5%	33,0%	32,9%
Stimme absolut zu	12,8%	18,4%	18,8%	14,7%	15,8%	13,3%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut nicht zu	3,0%	2,2%	3,5%
Stimme eher nicht zu	6,8%	7,9%	9,8%
Weder noch	43,8%	40,5%	36,8%
Stimme eher zu	31,9%	34,5%	32,6%
Stimme absolut zu	14,5%	14,9%	17,2%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut nicht zu	4,9%	1,9%	2,6%	4,8%
Stimme eher nicht zu	11,7%	8,8%	5,9%	5,2%
Weder noch	38,6%	39,8%	39,0%	39,3%
Stimme eher zu	30,3%	34,7%	36,3%	30,9%
Stimme absolut zu	14,4%	14,8%	16,3%	19,8%

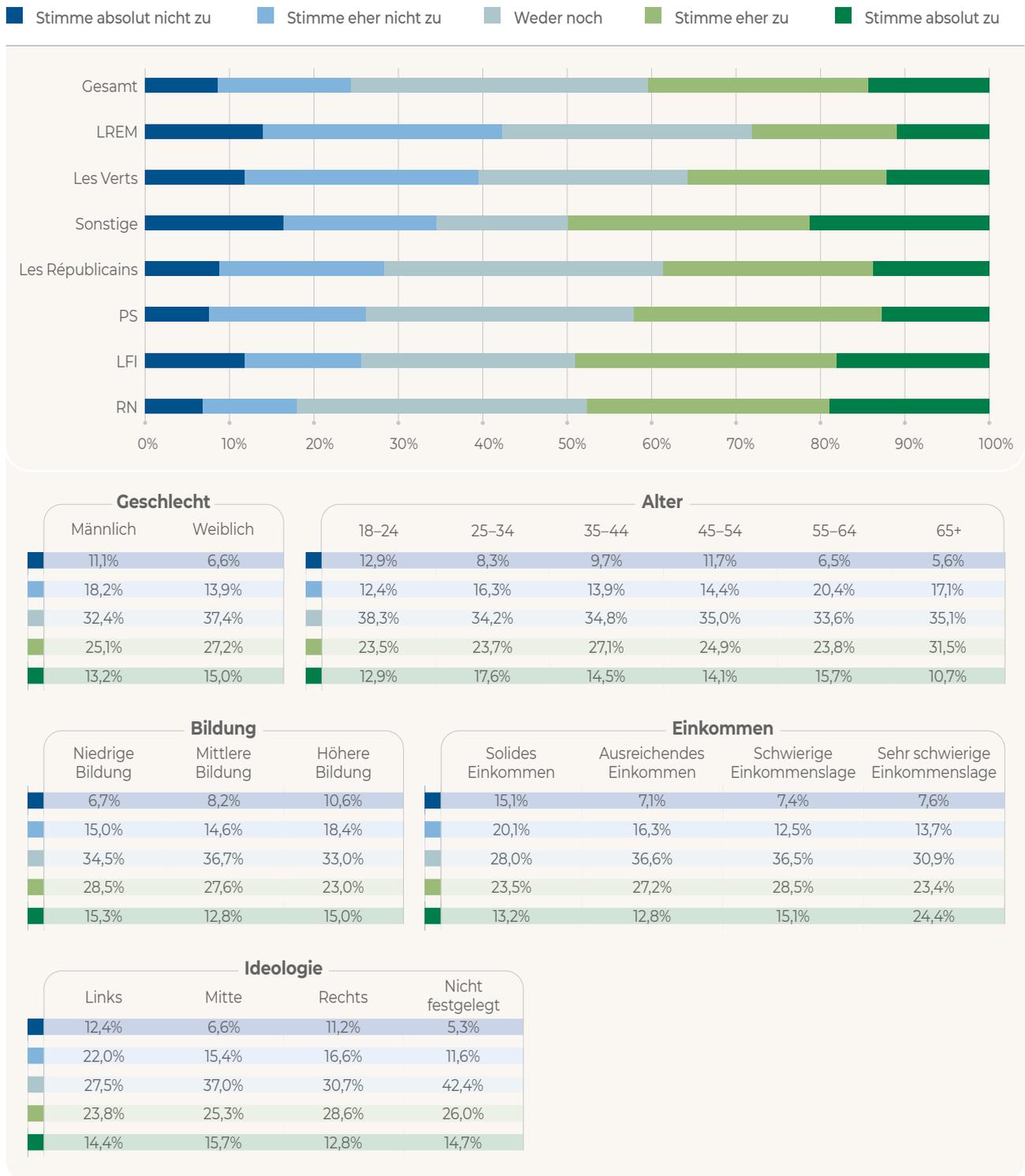
Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Stimme absolut nicht zu	4,9%	2,7%	3,7%	1,3%
Stimme eher nicht zu	10,9%	7,7%	11,2%	4,4%
Weder noch	38,4%	45,7%	34,4%	44,0%
Stimme eher zu	32,2%	27,7%	34,5%	34,2%
Stimme absolut zu	13,5%	16,2%	16,3%	16,1%

Viele Befragte sind zudem besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen – 40,4 Prozent haben diese Sorge; 25 Prozent teilen sie nicht; rund 35 Prozent stehen dieser Aussage neutral gegenüber. Die Wäh-

lerschaft von RN, LFI und kleineren Parteien macht sich mehr Sorgen über den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesellschaft, während die Wähler*innen von LREM und Les Républicains sich die wenigsten Sorgen darüber machen.

Abbildung 27 / Q53 – »Ich bin besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen«

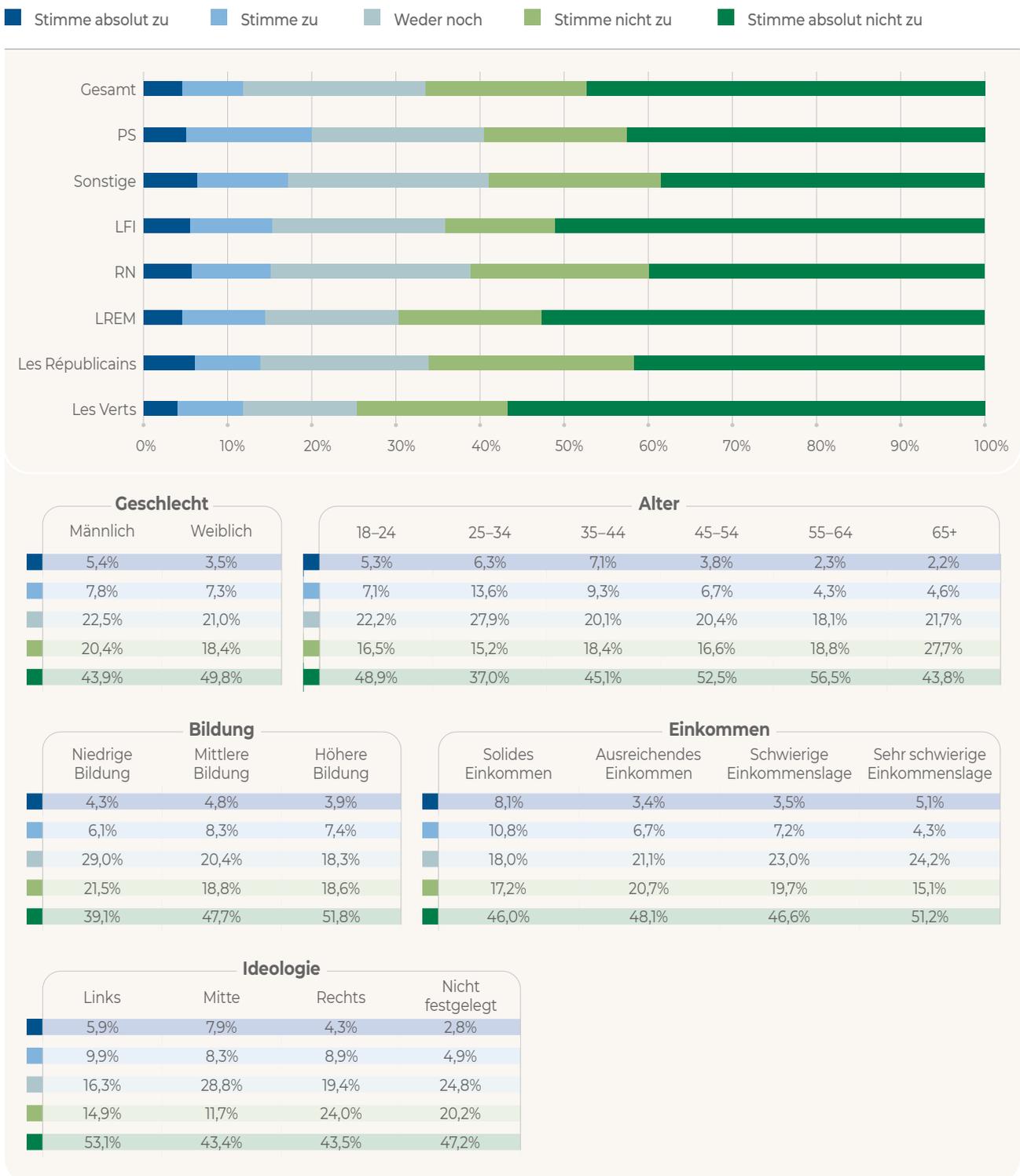


Meinungen zur Geschlechterungleichheit

Der Vorschlag, sich bei Arbeitsplatzknappheit wieder auf traditionelle Geschlechterrollen zu besinnen und der Erwerbstätigkeit von Männern den Vorrang zu geben, stimmt eine überwältigende Mehrheit in der französischen Öffentlichkeit nicht zu. 58 Prozent der Befragten lehnen ihn (entschieden) ab. Bei den Wähler*innen der linken Parteien – PS und LFI – ist ebenso wie bei den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die dafür sind, dass Männer bei der Erwerbstätigkeit Vorrang vor

Frauen haben sollten, am größten. In Bezug auf die demografische Zusammensetzung der Befragten findet diese Ansicht die größte Zustimmung bei Männern, Personen jüngerer und mittleren Alters und Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau. Was vor dem Hintergrund ihrer politischen Orientierung interessant ist, ist die Tatsache, dass die Wähler*innen linker Parteien in dieser Frage offenbar deutlich gespalten sind: Ein relativ hoher Anteil stimmt dem Vorschlag entschieden zu, während ein relativ hoher Anteil ihn entschieden ablehnt.

Abbildung 28 / Q64 – »Bei Arbeitsplatzknappheit sollten Männer gegenüber Frauen ein Vorrangrecht auf Arbeit haben«



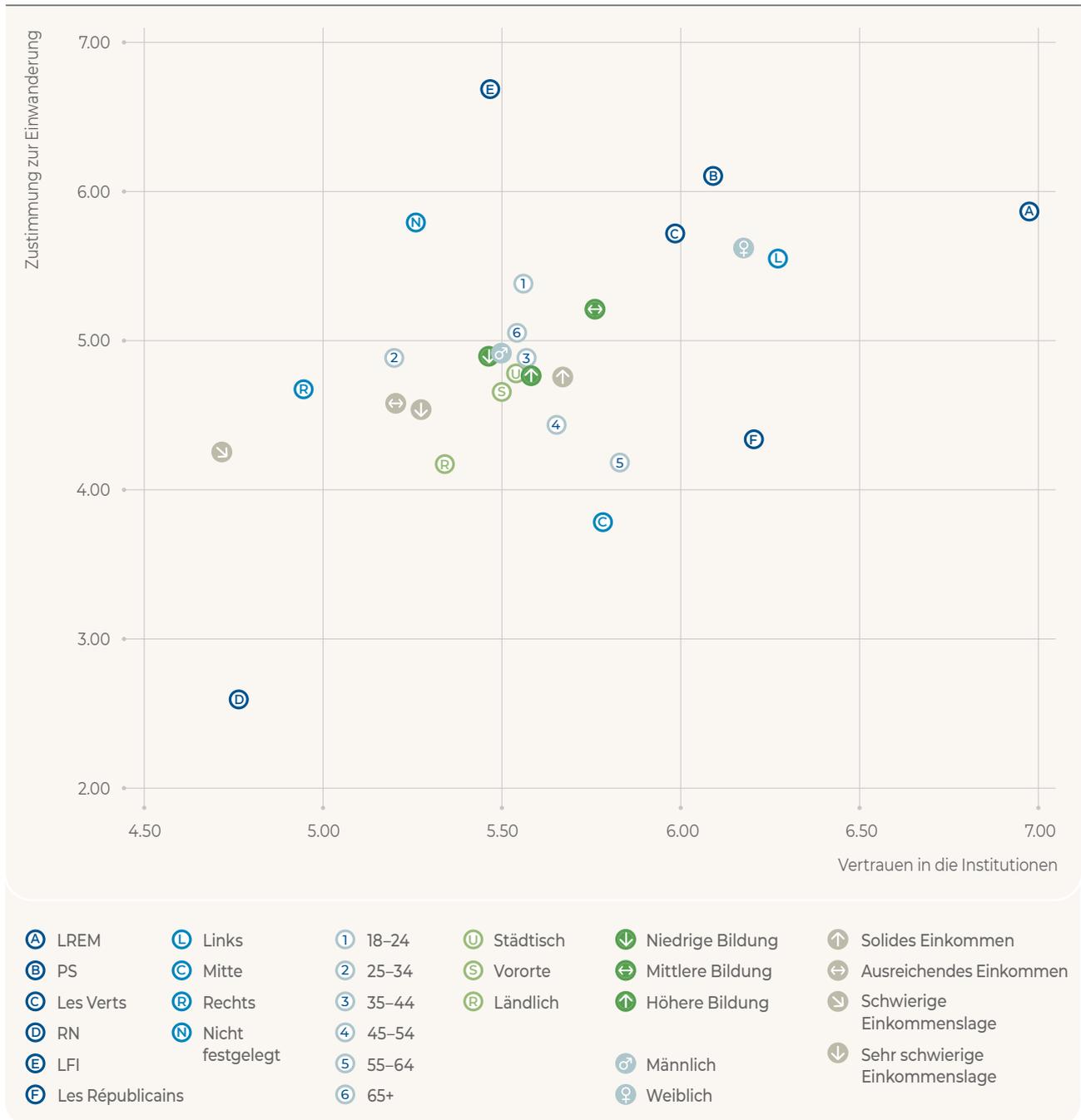
Zustimmung zur Einwanderung, Meinungsbild zum Klimawandel, zum Populismus und zum Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«

Zum Themenkomplex »Zustimmung zur Einwanderung« wurden die Teilnehmenden der Umfrage auf zwei separaten Skalen danach befragt, ob Einwanderer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern und es kulturell bereichern. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« besteht aus 6 Einzelfragen, die abklären sollen, inwieweit die Befragten verschiedenen nationalen und internationalen Ins-

titutionen vertrauen (siehe Kapitel zur Methodik). Die Durchschnittswerte zahlreicher Befragtengruppen werden in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt.

Am höchsten ist der Anteil der Einwanderungsbefürworter in Frankreich bei den Befragten aus dem linken Spektrum, bei denjenigen, die ideologisch nicht festgelegt sind, bei der Wählerschaft von LFI, PS, LREM und Les Verts sowie den jungen Befragten. Hingegen sind RN-Wähler*innen, der politischen Mitte zuzuordnende Befragte und diejeni-

Abbildung 29 – Unterstützung für Einwanderung

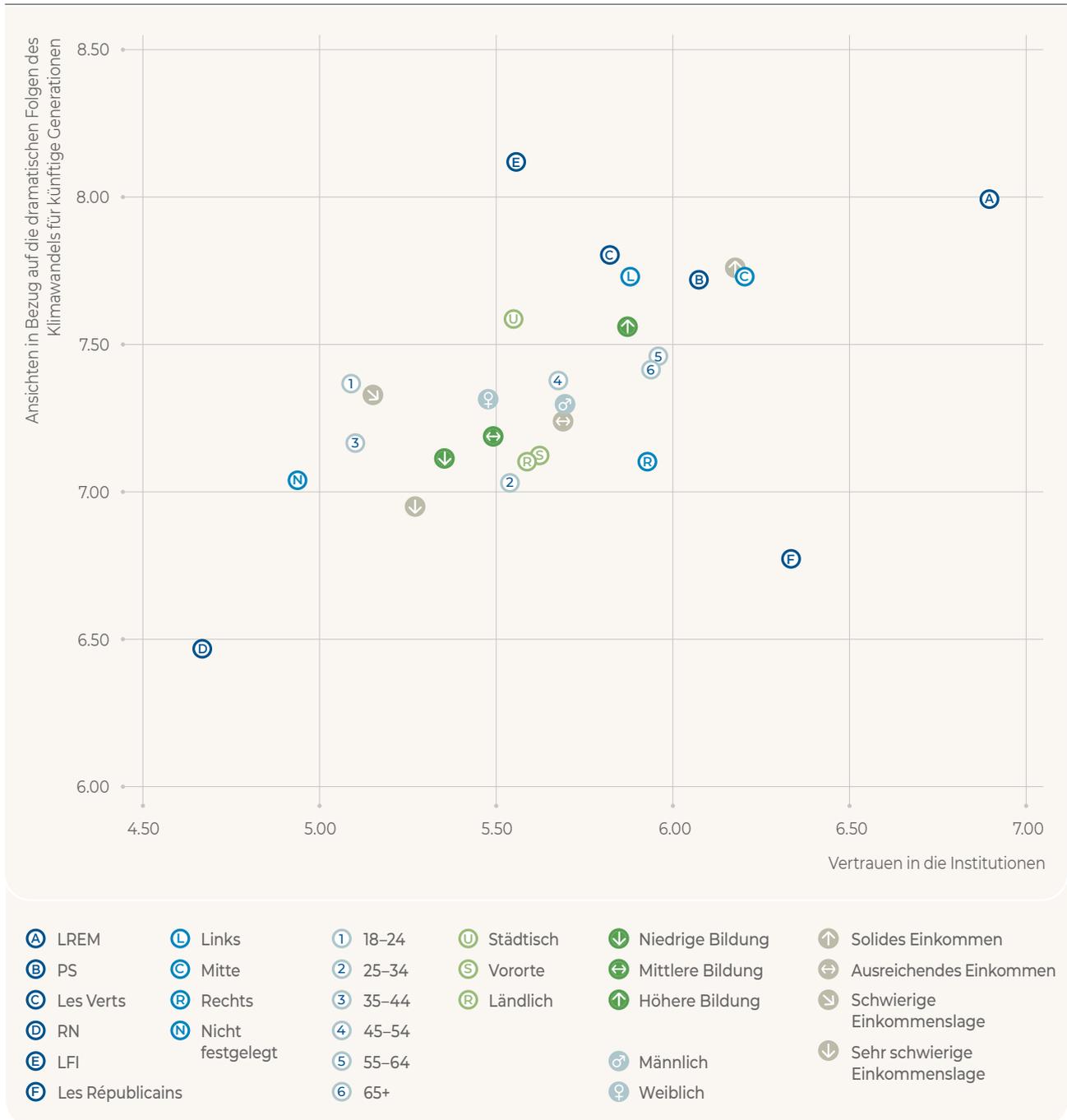


gen, die finanziell am schwersten über die Runden kommen, am wenigsten einwanderungsfreundlich eingestellt.

Wie die obige Graphik zeigt, ist eine Mehrheit der französischen Bürger*innen sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels für künftige Generationen. Alle Befragten-
gruppen einschließlich der RN-Wählerschaft liegen auf der Bewertungsskala zur Sorge um den Klimawandel

über dem Durchschnitt. Die Wähler*innen von LFI, REM und Les Verts machen sich die größten Sorgen über den Klimawandel, ebenso wie die Wählerschaft der PS und die Befragten des Mitte-Links-Spektrums. Befragte des rechten Spektrums, ideologisch nicht festgelegte Befragte, RN-Wähler*innen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind über den Klimawandel am wenigsten besorgt.

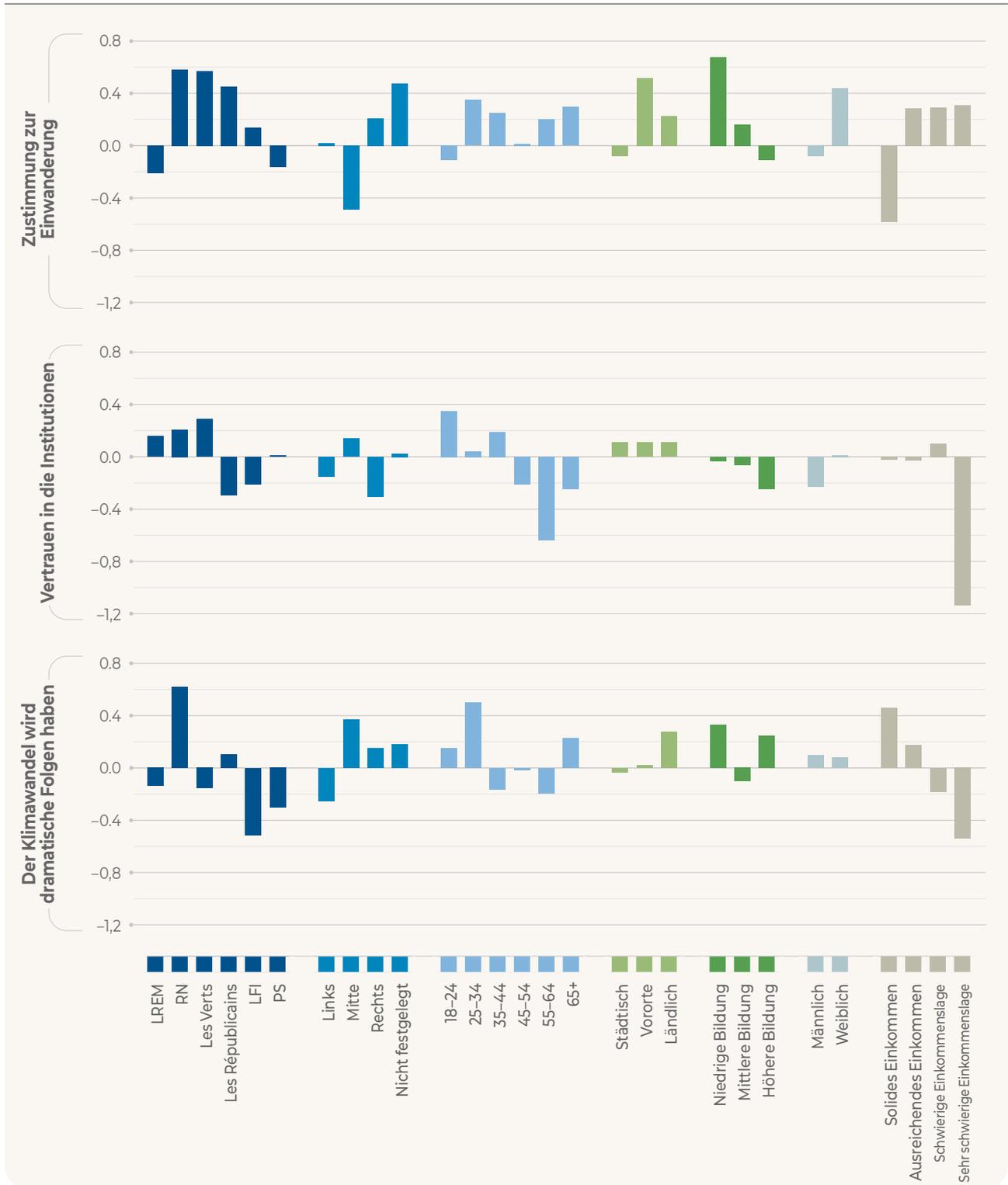
Abbildung 30 – Auswirkungen des Klimawandels



Ein Blick auf die Meinungsveränderungen im zeitlichen Verlauf zeigt, dass sich die meisten Wählergruppen 2021 mehr über den Klimawandel sorgen als 2020. Zu den markanten Ausnahmen, bei denen im Gegenteil die Sorge abgenommen hat, gehören die der politischen Mitte zuzuordnenden Befragten und Personen mit hohem Einkommen.

Andererseits ist das Vertrauen in die Institutionen bei vielen befragten Gruppen gesunken, besonders bei den Älteren und bei den Befragten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Zustimmung zur Zuwanderung wächst in den Gruppen, in denen sie bislang nicht sehr hoch war, ist sonst aber weitgehend stabil geblieben.

Abbildung 31



Ein erheblicher Teil der französischen Befragten glaubt an mindestens eine Verschwörungstheorie, wie die hohen Durchschnittswerte (mehr als 5 von 10) des Index »Verschwörungsglaube« in allen Befragtengruppen zeigen. Eine Ausnahme bildet hier nur die LREM-Wählerschaft. Es überrascht nicht, dass RN-Wähler*innen für Verschwö-

rungsthesen am anfälligsten sind, ebenso wie Befragte mit Einkommensproblemen, ideologisch nicht festgelegte oder politisch rechts stehende sowie die Wählerschaft auf dem Land. Im Gegensatz dazu sind die Befragten des Mitte-links-Spektrums und die Wähler*innen der gemäßigten Parteien weniger anfällig für Verschwörungstheorien.

Abbildung 32 – Glaube an Verschwörungstheorien



Beim Thema Populismus – als Gradmesser wurden hier die anti-elitären Ressentiments herangezogen – zeigt sich, dass Wähler*innen von RN und LRI sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage, politisch rechts stehende und Befragte ab 65 zu den für Populismus empfänglichsten Befragtengruppen gehören. Der politischen Mitte zuzuordnende Befragte, die LREM-Wählerschaft so-

wie die 18- bis 24-Jährigen gehören zu den für Populismus am wenigsten anfälligen demografischen Gruppen. Interessanterweise liegt die PS-Wählerschaft in ihrer Neigung zu populistischen Einstellungen auf der Skala im oberen Bereich, was darauf hindeutet, dass viele PS-Wähler*innen den politischen Eliten kritisch gegenüberstehen.

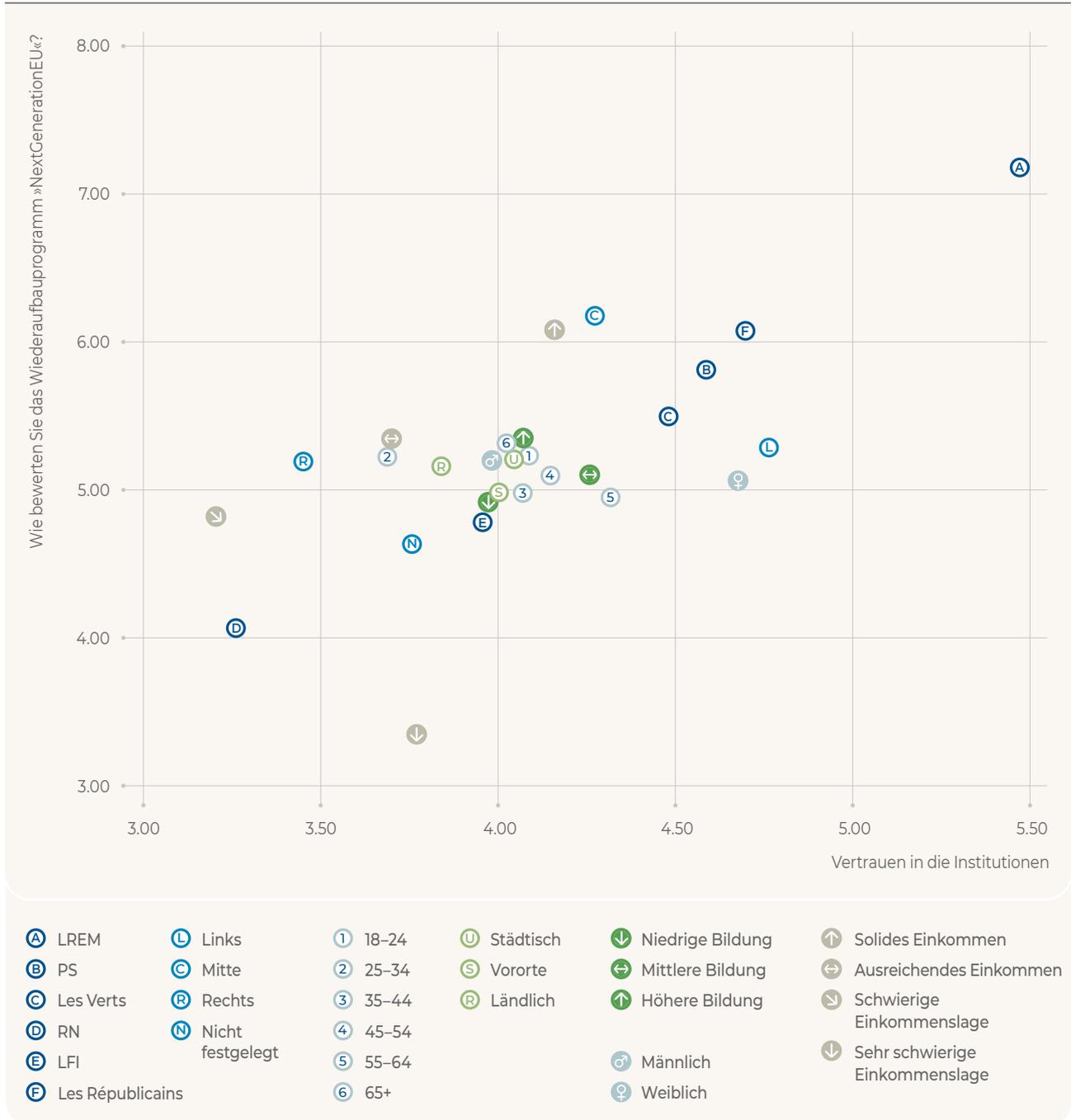
Abbildung 33 – Populismusanhänger



Das Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«, das von der Europäischen Kommission als Strategie für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie vorgelegt wurde, findet in der französischen Öffentlichkeit mäßige Zustimmung. Am größten ist die Zustimmung bei den Wähler*innen von LREM, Les Républicains und PS sowie bei politisch links Stehen-

den. Am geringsten ist die Zustimmung hingegen bei RN-Wähler*innen, Befragten aus dem rechten Spektrum, ideologisch nicht festgelegten Personen und Menschen, die wirtschaftliche Probleme haben: Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass wirtschaftlich schwache Gruppen befürchten, der sozioökonomische Wandel könnte sich negativ auf ihr Leben auswirken.

Abbildung 34 – Unterstützung für NextGenerationEU-Plan



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 4

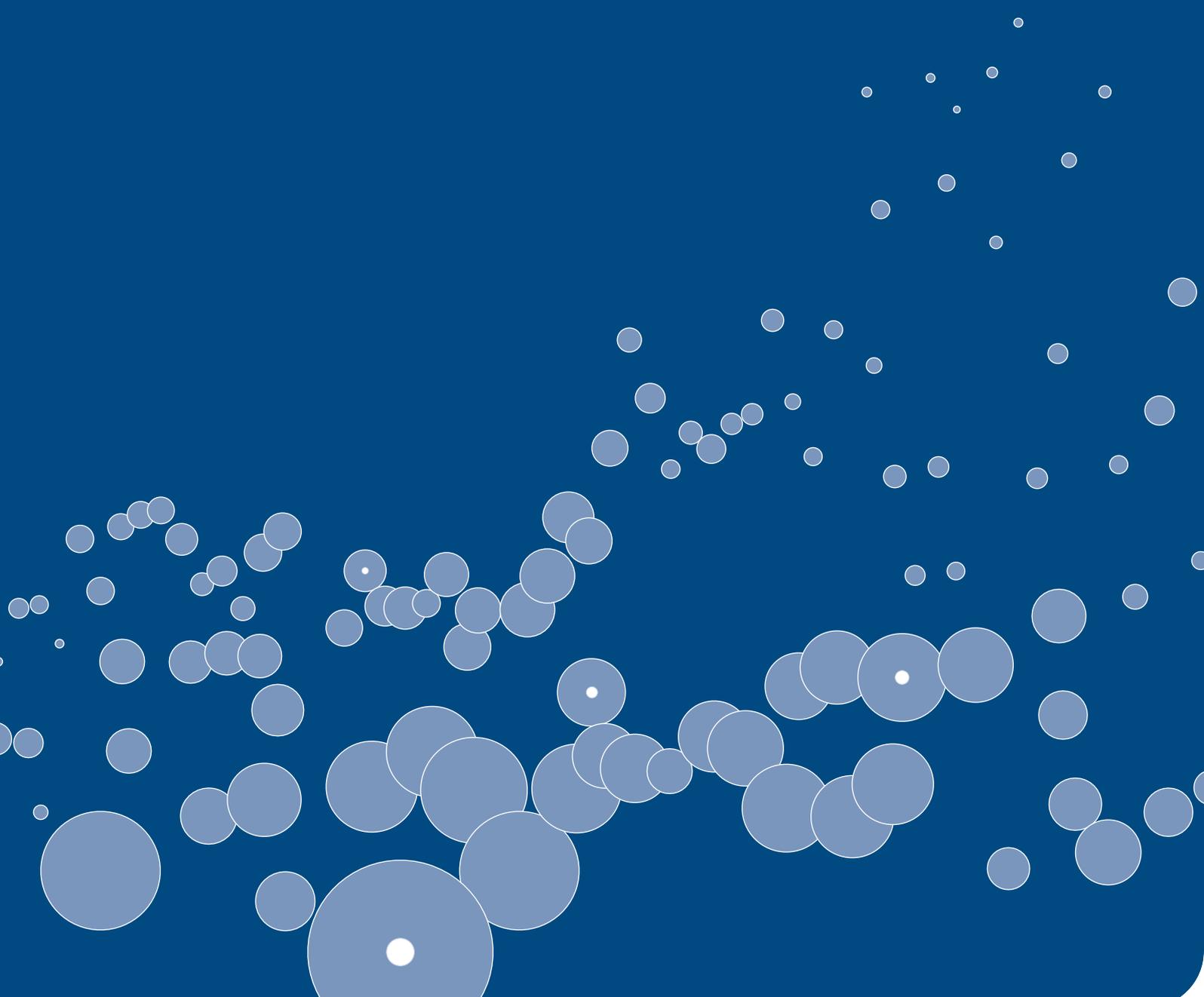
- Obwohl relativ wenige Französinen und Franzosen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, gibt es einen beträchtlichen Anteil von Befragten, die der EU gegenüber ambivalent eingestellt sind. Die Wählerschaft von LREM und Les Verts bewertet Frankreichs Mitgliedschaft in der EU am positivsten, während bei der Wählerschaft von RN und LFI und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Frankreichs kritisch sehen, am größten ist.
- Eine klare Mehrheit von 84 Prozent der französischen Befragten befürwortet eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat. Der Anteil derer, die dem zustimmen, liegt in allen Wählergruppen bei mehr als 80 Prozent; eine Ausnahme bilden die Anhänger kleinerer Parteien.
- Die Umfrageergebnisse lassen erkennen, dass das Misstrauen gegenüber der Wissenschaft in der Gesellschaft beunruhigend weit verbreitet ist. Am größten ist das Misstrauen bei der Wählerschaft von RN und LFI, während die Wähler*innen von LREM und PS der Wissenschaft am positivsten gegenüberstehen.
- Nur sehr wenige Französinen und Franzosen sind der Ansicht, dass Männer in Zeiten knapper Arbeitsplätze den Vorrang bei der Erwerbstätigkeit haben sollten. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Ansicht bei der PS und der Wählerschaft der kleineren Parteien sowie bei den 25- bis 34-jährigen Befragten.
- Parteipräferenz, ideologische Einstellung und Geschlecht sind die stärksten Prädiktoren für die Zustimmung zur Einwanderung, wobei Wähler*innen linker Parteien, Frauen, Menschen aus dem linken Spektrum und ideologisch nicht Festgelegte die positivste Einstellung gegenüber Einwanderern haben. Am stärksten ausgeprägt ist die ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung hingegen bei der RN-Wählerschaft, bei den der politischen Mitte zuzuordnenden Befragten und Menschen mit schwieriger Einkommenslage.
- Alle Befragten sind zumindest in gewissem Ausmaß besorgt über den Klimawandel – selbst diejenigen, die den menschlichen Einfluss auf das Klima traditionell bezweifeln wie z. B. die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen aus dem rechten Spektrum. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Bürger*innen Maßnahmen gegen den Klimawandel akzeptieren, die sich unmittelbar nachteilig auf ihre wirtschaftliche Situation auswirken, wie etwa steigende Energiepreise.
- Der Verschwörungsglaube – nach einem Index mit nicht auf die Pandemie bezogenen Fragen – ist in der Wählerschaft des RN und bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten am weitesten verbreitet. Andere demografische Variable haben für diesen Index keinen erklärenden Wert, da sich die meisten demografischen Gruppen im Hinblick auf mögliche Verschwörungstheorien nur wenig unterscheiden. LREM-Wähler*innen glauben in Abweichung vom Rest der Befragten am wenigsten an Verschwörungstheorien.
- Die am stärksten für Populismus anfälligen Befragten sind die Wählerschaft von RN und LFI sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und politisch rechts stehende. LREM-Wähler*innen, junge Befragte und der politischen Mitte zuzuordnende Befragte bilden die am wenigsten für Populismus anfälligen Wählergruppen in Frankreich.
- Das Programm »NextGeneration EU« stößt eindeutig bei den der politischen Mitte zuzuordnenden und europafreundlichen Wähler*innen auf die größte Zustimmung, während die RN-Wählerschaft sowie Menschen mit schwieriger Einkommenslage das Maßnahmenpaket eher negativ bewerten.





KAPITEL 5

WER 2019 PS ODER LES VERTS
GEWÄHLT HAT, WECHSELT 2024
SEINE PARTEIPRÄFERENZ AM
WAHRSCHEINLICHSTEN



Politische Ideologie

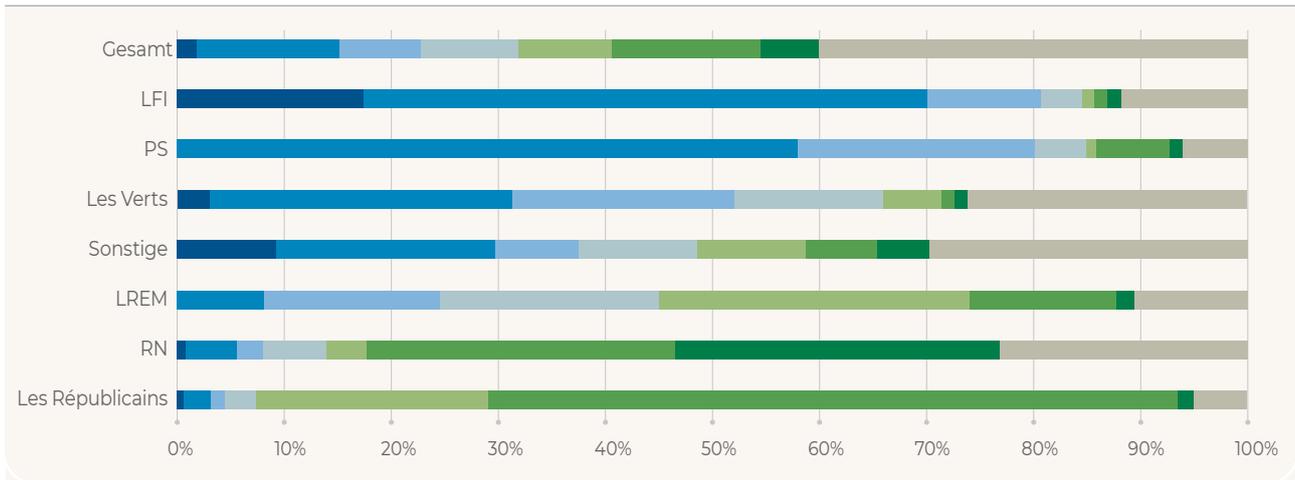
Beim Vergleich zwischen politischer Orientierung und Parteienwahl zeigt sich ein sehr logisches und konsistentes Muster. Ein Drittel der politisch links Orientierten sehen sich selbst als Mitte-links, während es auf der rechten Seite des Spektrums ebenfalls in etwa ein Drittel der Wähler*innen

sind. Ein Großteil der französischen Befragten (40 Prozent) fühlt sich keiner bestimmten Ideologie zugehörig. Dies steht in krassem Gegensatz zum vorherrschenden politischen Diskurs, der oft von Extrempositionen dominiert wird, die jedoch ganz offensichtlich nur von einer Minderheit vertreten werden. Ein relativ kleiner Teil der französischen Befragten –

Abbildung 35 / Q71 – Politische Ideologie

Welche der folgenden Zuschreibungen beschreibt am treffendsten Ihre politische Einstellung?

Radikal links Links Mitte-links Mitte Mitte-rechts Rechts Radikal rechts Nichts von allem



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Radikal links	2,9%	0,9%
Links	14,8%	12,2%
Mitte-links	8,9%	6,4%
Mitte	9,6%	8,3%
Mitte-rechts	11,3%	6,7%
Rechts	16,5%	11,5%
Radikal rechts	6,3%	4,5%
Nichts von allem	29,6%	49,4%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Radikal links	0,9%	3,4%	2,2%	2,5%	1,0%	0,7%
Links	11,8%	13,8%	12,3%	13,6%	18,7%	11,4%
Mitte-links	8,3%	8,3%	4,4%	7,7%	7,7%	9,3%
Mitte	13,1%	11,0%	7,6%	7,1%	6,8%	9,7%
Mitte-rechts	8,3%	5,2%	8,2%	7,7%	10,3%	12,8%
Rechts	5,7%	11,6%	12,9%	13,9%	16,1%	19,0%
Radikal rechts	2,6%	6,4%	7,1%	6,5%	4,5%	4,2%
Nichts von allem	49,3%	40,2%	45,2%	41,1%	35,0%	32,9%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Radikal links	2,4%	1,4%	2,4%
Links	14,6%	12,9%	13,4%
Mitte-links	6,9%	6,8%	9,5%
Mitte	7,9%	9,8%	8,7%
Mitte-rechts	5,1%	7,7%	12,9%
Rechts	11,4%	13,7%	15,8%
Radikal rechts	7,0%	5,3%	4,4%
Nichts von allem	44,7%	42,3%	32,9%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Radikal links	4,5%	1,5%	1,2%	1,9%
Links	9,6%	14,7%	13,8%	13,7%
Mitte-links	12,6%	8,0%	5,8%	3,5%
Mitte	12,4%	9,8%	6,8%	7,0%
Mitte-rechts	14,1%	10,2%	5,1%	4,8%
Rechts	17,6%	15,2%	12,0%	11,6%
Radikal rechts	3,5%	4,7%	7,2%	9,3%
Nichts von allem	25,8%	35,8%	48,1%	48,2%

Ideologie

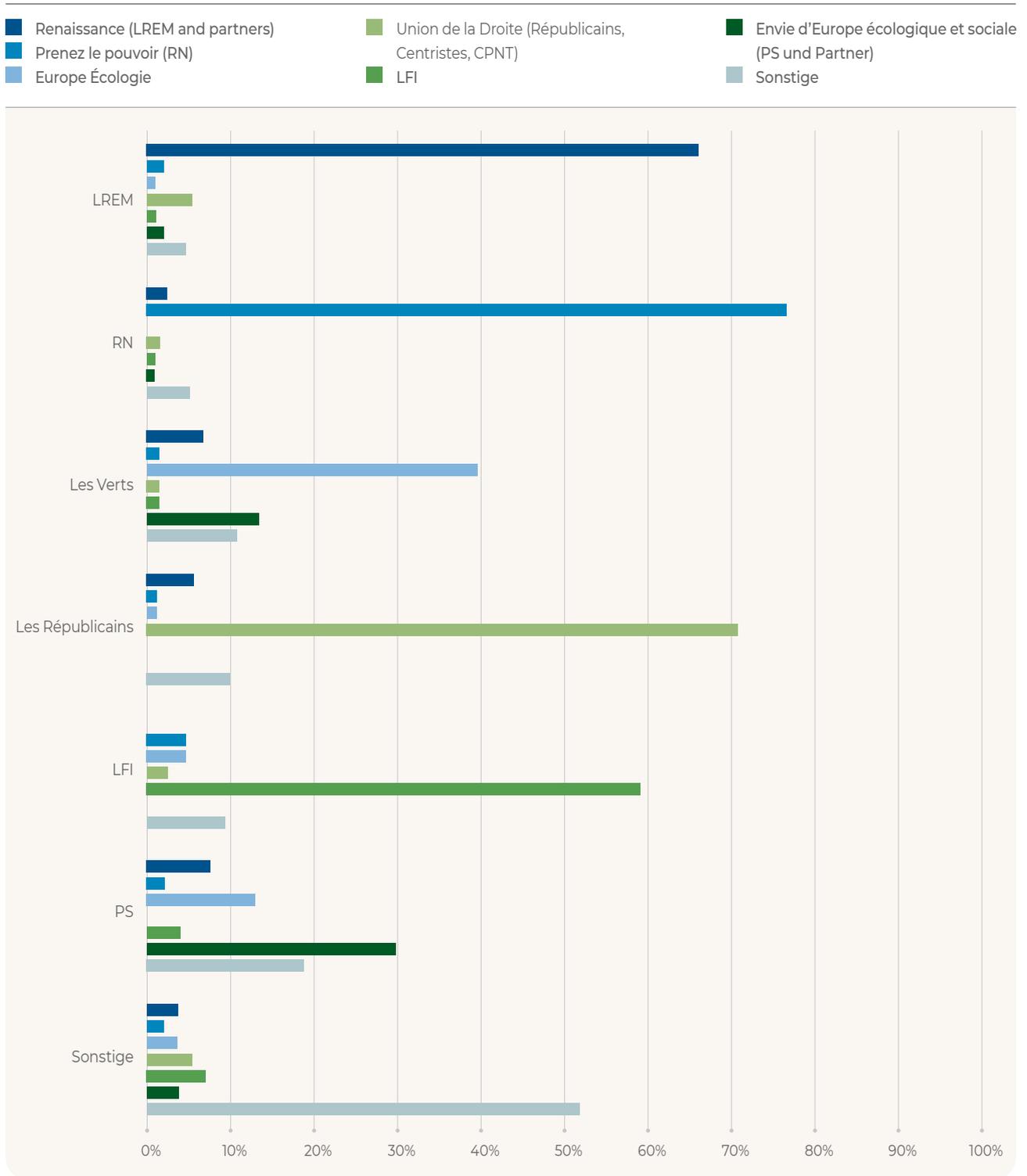
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Radikal links	8,2%	-	-	-
Links	58,7%	-	-	-
Mitte-links	33,1%	-	-	-
Mitte	-	100,0%	-	-
Mitte-rechts	-	-	31,6%	-
Rechts	-	-	49,1%	-
Radikal rechts	-	-	19,3%	-
Nichts von allem	-	-	-	100,0%

9 Prozent – fühlt sich der politischen Mitte zugehörig. Diejenigen, die sich selbst als radikal links verstehen, finden sich vor allem innerhalb der LFI-Wählerschaft; niemand, der dieser Gruppe angehört, fühlt sich der PS zugehörig. Die Mitte-Wähler*innen zählen mehrheitlich zur LREM-Wählerschaft, während der größte Anteil der rechtsradikalen Befragten die RN wählt. Dennoch gehören fast 90 Prozent der Wähler von Les Républicains der politischen Rechten an. Männer, 25- bis 34-Jährige und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten bezeichnen sich selbst als rechts; bei Frauen, 18- bis 24-Jährigen und Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau ist der Anteil derjenigen, die sich keiner ideologischen Richtung zuordnen, höher.

Stimmverhalten bei der Europawahl 2019

Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten in dem Fall, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine landesweite Parlamentswahl stattgefunden hätte, derselben Partei ihre Stimme zu geben. Die RN-Wähler*innen sind ihrer Partei am treuesten – 76,6 Prozent wollten bei einer landesweiten Parlamentswahl weiterhin für die Partei stimmen, während nur 29,6 Prozent der PS-Wähler*innen angaben, wieder diese Partei zu wählen. Es scheint einen bemerkenswerten Wähler austausch zwischen PS und Les Verts zu geben.

Abbildung 36 – Für welche Partei haben Sie bei der Europawahl 2019 gestimmt?

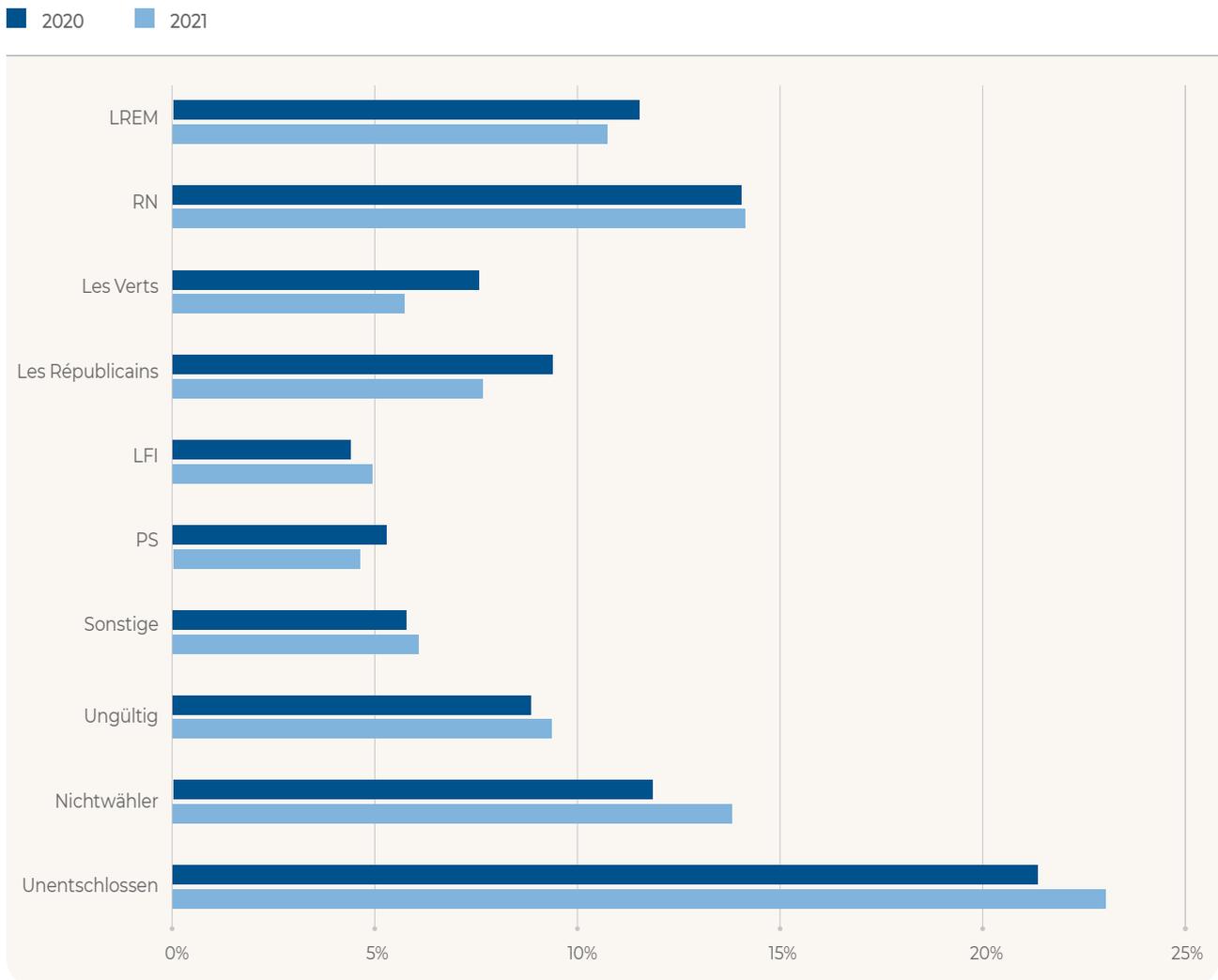


Veränderungen der Wahlabsicht von 2020 zu 2021

Die Wahlabsichten sind in Frankreich im zeitlichen Verlauf relativ stabil geblieben. Die regierende LREM, Les Verts, Les Républicains und die PS haben von 2020 auf 2021 etwas an Zustimmung verloren, während die RN,

die LFI und die kleineren Parteien in der Wählergunst leicht gestiegen sind. Der Anteil der Befragten, die angeben, nicht zur Wahl gehen zu wollen, und derjenigen, die sich nicht sicher waren, welche Partei sie wählen würden, ist ebenfalls größer geworden.

Abbildung 37 – Wenn morgen Parlamentswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 5

- Die Befragten, die sich mit radikalen Ideologien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite identifizieren, machen weniger als 8 Prozent der französischen Wählerschaft aus, während die politisch-ideologisch nicht festgelegten mit Abstand die größte Befragtengruppe darstellen. Von den meisten linken Wähler*innen wird die LFI unterstützt, während die Wählerschaft von Les Républicains sich am ehesten dem rechten Flügel zuordnet.
- Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten bei

einer landesweiten Parlamentswahl, sehr wahrscheinlich derselben Partei ihre Stimme zu geben. Beim RN war die Wahrscheinlichkeit, dass er seine Wählerschaft halten kann, am höchsten, während bei denen, die 2019 PS und Les Verts gewählt haben, eine Änderung der Parteipräferenz am wahrscheinlichsten war.

- Die in der Umfrage ersichtlichen Verschiebungen im Wahlverhalten von 2020 auf 2021 zeigen, dass die Unterstützung für RN und LFI zugenommen hat, während der Zuspruch zu LREM, LFI, Les Républicains und Les Verts zurückgegangen ist.



KAPITEL 6

WENIGER ALS 15 PROZENT NEHMEN REGELMÄSSIG AN GOTTESDIENSTEN TEIL

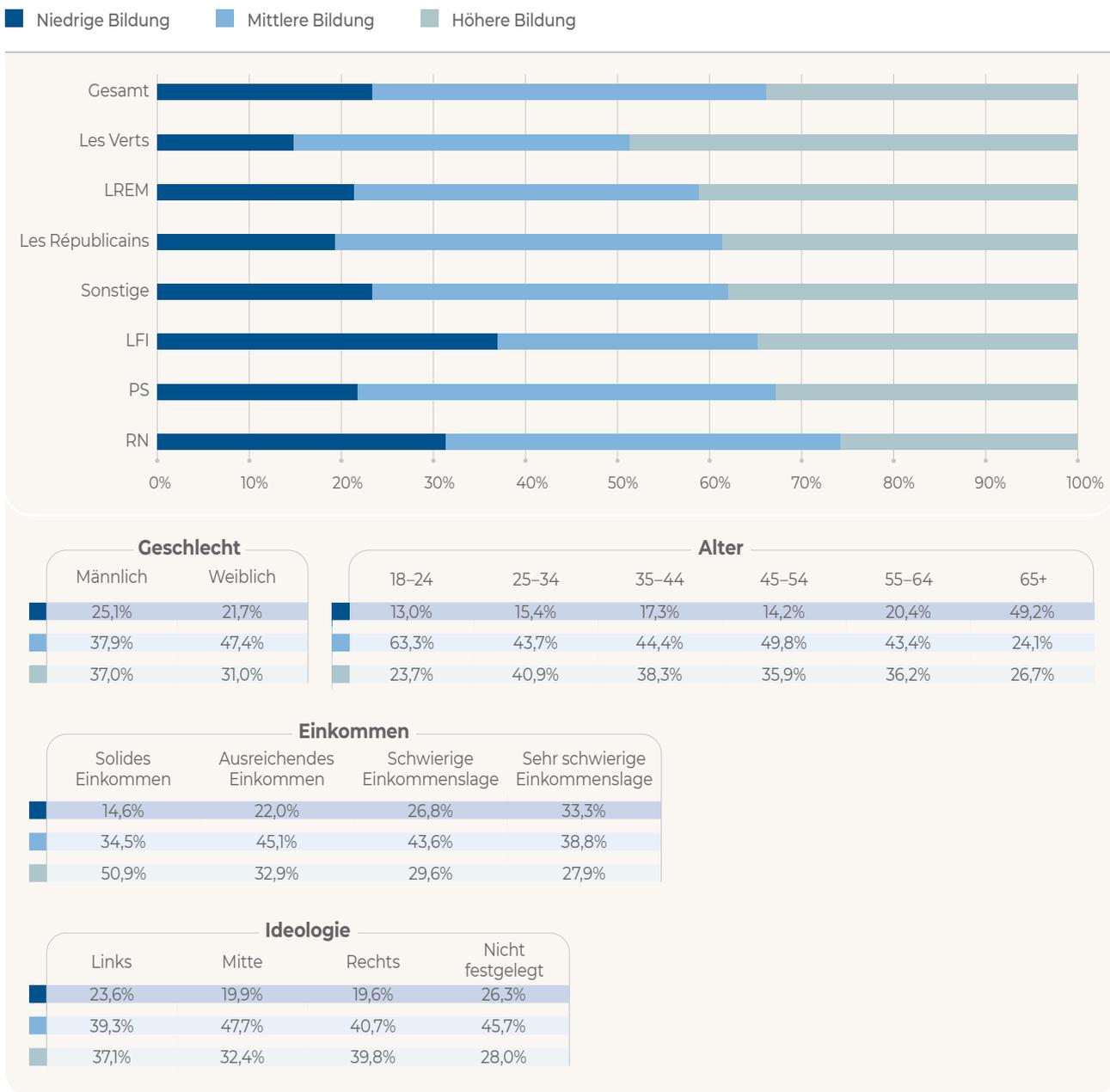


Bildung

Was die Frage der Bildung betrifft, so ist die Wählergruppe mit dem größten Anteil an höher gebildeten Befragten die Wählerschaft von Les Verts, während die Gruppen mit dem geringsten Anteil an höher gebildeten Befragten RN und PS wählen. Die Wählerschaft mit ho-

hem Einkommen hat auch das höhere Bildungsniveau, was darauf hindeutet, dass Bildung mit wirtschaftlichem Wohlstand korreliert. Befragte mit mittlerem Bildungsniveau sind in der Wählerschaft der politischen Mitte und unter den ideologisch nicht Festgelegten überrepräsentiert.

Figure 38 – Bildung



Teilnahme an Gottesdiensten

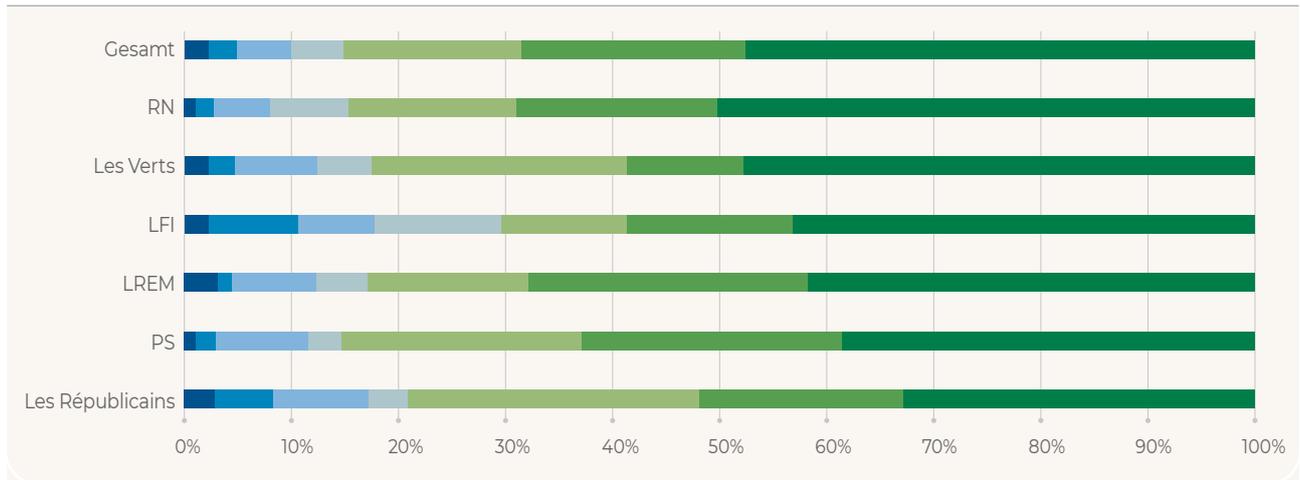
Weniger als 20 Prozent der Französinnen und Franzosen besuchen regelmäßig einen Gottesdienst. Wähler*innen von RN und Les Verts gehen am seltensten in den Gottesdienst, während der Anteil derjenigen, die einmal am Tag

einen Gottesdienst besuchen, bei den Wähler*innen von Les Républicains am größten ist. Allerdings sind grundsätzlich alle Parteien zu Parteien der »säkularisierten Mehrheit« geworden, die nicht einmal an allen besonderen Feiertagen oder gar nicht an Gottesdiensten teilnimmt.

Abbildung 39 / Q11 – Teilnahme an Gottesdienst

Wie oft besuchen Sie Gottesdienste (abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen)?

- Täglich
- Einmal pro Woche
- Nur an Feiertagen
- Nie
- Mehr als einmal pro Woche
- Mindestens einmal im Monat
- Selten



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	3,0%	1,7%
■	3,6%	1,9%
■	5,6%	4,2%
■	5,7%	4,2%
■	16,6%	16,7%
■	19,9%	22,0%
■	45,6%	49,2%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
■	7,1%	7,5%	1,2%	0,6%	–	0,9%
■	4,5%	5,2%	4,4%	1,5%	1,3%	0,7%
■	5,6%	10,1%	6,2%	4,1%	2,0%	2,8%
■	10,6%	7,8%	7,2%	2,3%	2,6%	2,6%
■	14,6%	12,3%	13,8%	19,7%	17,2%	19,4%
■	16,2%	15,3%	22,9%	19,6%	23,2%	25,3%
■	41,4%	41,9%	44,4%	52,3%	53,6%	48,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	2,9%	2,2%	2,1%
■	2,3%	2,7%	3,0%
■	2,0%	5,4%	6,4%
■	4,3%	4,4%	6,2%
■	14,6%	15,4%	19,5%
■	22,8%	21,2%	19,3%
■	51,0%	48,7%	43,5%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	7,0%	1,2%	1,9%	1,9%
■	3,2%	3,0%	1,8%	2,7%
■	7,8%	5,1%	3,0%	5,0%
■	6,3%	4,9%	4,0%	5,4%
■	19,1%	17,0%	16,0%	11,7%
■	16,8%	21,1%	23,0%	20,0%
■	39,9%	47,6%	50,3%	53,4%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	4,3%	5,8%	1,8%	0,9%
■	2,3%	7,5%	2,9%	2,4%
■	6,1%	7,1%	6,5%	2,4%
■	5,4%	6,1%	5,6%	3,9%
■	15,8%	11,2%	21,8%	14,3%
■	18,1%	18,3%	21,3%	22,9%
■	48,0%	44,0%	40,1%	53,1%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 6

- Das Bildungsniveau ist in der Regel ein aussagekräftiger Prädiktor für die Parteipräferenz, wobei Befragte mit höherer Bildung für Parteien der Mitte stimmen und Befragte mit niedrigerer Bildung in der rechtsextremen Wählerschaft überrepräsentiert sind. Das trifft auch auf Frankreich zu. Wähler*innen der politisch in der Mitte stehenden Partei Les Verts, von LREM und Les Républicains sind die Wählergruppen mit dem höchsten Bildungsniveau, während RN und LFI von Menschen mit niedrigerer Bildung die breiteste Zustimmung erhalten.
- Die Bedeutung der Religion nimmt in den westlichen Demokratien immer mehr ab, so auch in Frankreich, wo weniger als 15 Prozent der Befragten angeben, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen. Die Wähler*innen von Les Républicains und PS gehen am häufigsten in den Gottesdienst, während Wähler*innen von Les Verts und – dies ist überraschend – des RN am seltensten an Gottesdiensten teilnehmen.

AUTOREN

Über Kieskompas (Wahlkompass)

Kieskompas ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich auf quantitative Datenanalyse, Meinungsumfragen und das Erstellen von Wählerprofilen spezialisiert hat. Es wurde 2006 von Dr. André Krouwel in Kooperation mit der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam gegründet. Kieskompas hat sich als Marktführer in der Entwicklung und Innovation von Online-Wahlhilfen (Voting Advice Applications, VAAs) einen Namen gemacht, die von insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen genutzt werden. Das Unternehmen ist eng in die wissenschaftliche Community eingebunden und beschäftigt ein Team ausgewiesener Forscherinnen und Forscher mit einem ausgeprägten Fokus auf Politikwissenschaft, Datenwissenschaft und Statistik. Besondere Bekanntheit erlangte das Unternehmen durch die Entwicklung einer Methode, mit der die Positionen politischer Parteien in länderspezifischen politischen Kontexten innerhalb der Online-Wahlhilfen visualisiert werden können. Diese Online-Tools wurden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in mehr als 40 Ländern erarbeitet und generieren sehr umfassende N-Datensätze, die sich für vertiefte Analysen eignen.

André Krouwel

André Krouwel ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Kommunikation an der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam und ist der Gründer des Unternehmens Kieskompas (Wahlkompass), das Online-Wahlhilfen entwickelt, mit denen Daten über Parteipositionen und Wählermeinungen erhoben und aufbereitet werden. Krouwels Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinungsbildung und politisch relevante Stimmungslagen, Wahlverhalten, politische Parteien und soziale Bewegungen. Darüber hinaus hat er im Rahmen seiner jüngsten Forschungen zu den Themen Verschwörungsglauben, Meinungsbilder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wahlbeeinflussende Faktoren für europäische Randgruppenparteien sowie Euroskepsis publiziert.

Yordan Kutiyiski

Yordan Kutiyiski hat einen MSc-Abschluss in Politikwissenschaft von der VU Universität Amsterdam und einen MA-Abschluss in Lateinamerikastudien vom Zentrum für Lateinamerikaforschung und -dokumentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam. Er arbeitet als quantitativer Forscher bei Kieskompas; zu seinen Forschungsinteressen gehören Wahlverhalten sowie europäische und lateinamerikanische Politik.



IMPRESSUM

FEPS – Foundation for European Progressive Studies

Avenue des Arts 46
1000 Brüssel
Belgien
info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
info@fes.de
www.fes.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FEPS:
Ania Skrzypek, Direktor für Forschung und Ausbildung

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FES:
Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Kontakt / Bestellungen:
Adriana.Hornung@fes.de
Celine.Guedes@feps-europe.eu

Übersetzung aus dem Englischen: Christine Hardung

Design und Illustrationen:
pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die des Europäischen Parlaments, der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) oder der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES oder FEPS herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES/FEPS nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-375-9

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt.

